

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 07 Amt Döbisch 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Organbefragungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Auch Reventlow rebelliert

Mit Stöhr auf Gregor Straßers Spuren

Abschied von 1932

Ein Leidensjahr der Frauen

Von Luise Schroeder

Eine der letzten Nummern der illustrierten Nazi-Bochenschrift mußte eingestampft werden, weil sie eine Verherrlichung Gregor Straßers enthielt. Jetzt überrascht der stets eigenwillige Graf Reventlow die Leser seines „Reichswart“ — mit einer Verherrlichung Gregor Straßers, die zugleich eine eindeutige Beurteilung der bisherigen offiziellen Politik der Hitlerpartei in sich einschließt.

In einem Leitartikel „Die Frage an 1932 und 1933“ setzt Reventlow auseinander, daß diejenigen unrecht gehabt hätten, die mit einer Vernichtung der bürgerlichen Parteien rechneten. Bei den Novemberwahlen sei ein Teil des bürgerlichen Zwanges der NSDAP wieder dahin zurückgefallen, woher er gekommen sei. Dann heißt es mährlich weiter:

Das Frühjahr brachte im Reichstag ein Ereignis, dessen innere Bedeutung wohl meist nicht voll gewürdigt worden ist: die große programmatische Rede Gregor Straßers. Straßer entwickelte mit ebensoviel Kühnheit wie Besonnenheit den nationalsozialistischen Standpunkt zur Frage der Arbeitsbeschaffung und richtete im Anschluß daran die Aufforderung an die mit Arbeiterorganisationen verbundenen Parteien zu einer vorurteilslosen sachlichen Zusammenarbeit, damit möglichst schnell dem Erwerbslosenstand erfolgreich entgegengetreten werden könne. Bekanntlich fand dieses Anerbieten keinen Widerhall. Man hat sich weiter auf Reden und Schreiben und Kritik zurückgezogen.

Wiel hätte aber in dem seitdem vergangenen halben Jahre schon praktisch für die Behebung der Arbeitslosigkeit getan werden können, wenn der Parteienstandpunkt überwunden worden wäre!

Offenbar ist diese „Ueberwindung des Parteienstandpunktes“ der NSDAP auch nicht ganz gelungen. Darum läßt der frönlereende Graf noch weitere verherrlichende Ausführungen über Gregor Straßer folgen, die mit der Erklärung schließen, der Gedanke der Einigung aller Arbeitnehmer werde nicht wieder verschwinden, und die Arbeiterfrage werde alles überschatten.

In einem anderen Aufsatz desselben Blattes macht der Reichstagsabgeordnete Stöhr auf ein neu erschienenes Buch Reventlows neugierig, das den Titel führt „Nationaler Sozialismus im neuen Deutschland“ und das angeblich „mit je der

Art von Herrentum und Führeranspruch unerbittlich zu Gericht geht“. Das stimmt recht gut zu dem Bericht Otto Straßers, nach dem sich Reventlow in der sogenannten „Hündchenzene“ an den byzantinischen Huldigungen für Hitler demonstrativ nicht beteiligt haben soll.

Indes, wer noch immer nicht bemerken will, daß zwischen Reventlow und der NSDAP etwas nicht stimmt, dem muß folgende „Antwort auf mehrere Anfragen“, die in derselben Nummer des „Reichswart“ enthalten ist, die Augen öffnen:

Sie fragen mich, warum das Nationalsozialistische Jahrbuch für 1933 in dem Abschnitt: „Die Presse der NSDAP“ und auch sonst den „Reichswart“ nicht nennt, auch in der Aufzählung nationalsozialistischer Schrifttums keine meiner Schriften anführt. In meinem aufrichtigen Bedauern kann ich Ihnen den Grund nicht angeben, obgleich es nach dem Gesetz derausalität ein Grund, richtiger: eine Ursache vorhanden sein muß.

Reventlow steht also auch schon auf dem Boden des Braunen Hauses. Wenn die letzte Nummer seines „Reichswart“ nicht eingestampft worden ist, so wohl nur deshalb, weil Hitlers Arm soweit nicht reicht.

Die Zerfegung

Eigene Berichte des „Vormärts“

Kiel, 30. Dezember.

Das Jahr 1932 geht in Schleswig-Holstein für Hitler und seine Partei unter den denkbar ungünstigsten Umständen zu Ende. Es kracht und bricht in allen Ortsgruppen. In Kiel, Flensburg, Neumünster, Schleswig, Husum, Itzehoe, Elmshorn, in jedem Ort, in dem die Nazi-partei auch nur geringen Einfluß besaß, ist es zur offenen Rebellion der SA und SS gekommen. Zudem stinkt es überall nach Korruption. Die Berichte über Unterschlagungen und Betrügereien der Nazi-führung nehmen kein Ende.

Im Gegensatz zu den Nazis entwickelt die Sozialdemokratische Partei eine Aktivität. Eine kurz vor Weihnachten abgeschlossene erste Werbeaktion brachte ihr nicht unbeträchtlichen

Mitgliedszugen. In Kiel allein konnte die Sozialdemokratische Partei die Zahl ihrer Mitglieder um 500 vermehren.

Halle, 30. Dezember.

Die Zerfegung der Hitler-Jugend in Halle schreitet fort. Vor einigen Tagen trat ein Kommissar aus München an die Stelle des bisherigen Jugendführers. Die Folge ist, daß sich die Hitler-Jugend in zwei Lager gespalten hat, die sich gegenseitig bekämpfen und schlagen. Da auch die SS, die früher derartige Meinungsäußerungen „schlichtete“, nicht mehr ganz zuverlässig ist, lief der Jugendboyse zur Kriminalpolizei.

Frankfurt a. M., 30. Dezember.

Etwa zwanzig Nazis drangen in Frankfurt in eine Anstalt für Fürsorgezöglinge, drehten das Licht ab, überfielen einen Erzieher, schlugen ihn nieder und demolierten die Einrichtung. Als der Direktor des Heimes erschien, floh die Nazimeute. Gegen verschiedene Teilnehmer des Überfalls konnte Anzeige erstattet werden.

Am gleichen Tage holte dieselbe Gruppe von Nazis zwei Fürsorgezöglinge aus der Straßenbahn, die von ihrem Begleiter in eine Erziehungsanstalt außerhalb Frankfurts gebracht werden sollten. Die beiden befreiten Fürsorgezöglinge gehören der Hitlerpartei an. Wegen ihrer Ueberführung in eine außerhalb Frankfurts gelegene Anstalt hatte vorher der Scharführer der Hitler-Jugend protestiert.

Harburg, 30. Dezember.

Auch in Niedersachsen hat die Nazidämmerung begonnen. In Harburg-Wilhelmsburg ist eine Garnitur von „Führern“ still und leise in der Verfertigung verschwunden. Unwiderprochen konnte das sozialdemokratische „Volksblatt“ feststellen, daß Klassenunterschiede die Ursache sind. In Lüneburg und Stade haben zahlreiche alte und bekannte Anhänger der NSDAP die Partei verlassen.

Neustadt i. Meckl., 30. Dezember.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Scheibner, der kürzlich unter dem Druck der nationalsozialistischen Parteileitung sein Mandat niederlegen mußte, hat seinen Austritt aus der NSDAP erklärt und sich Otto Straßers „Schwarzer Front“ angeschlossen.

in den Donaustaaten nichts Ernsthaftes und Solides ohne eine endgültige Vereinbarung mit den zwei Großmächten

geschaffen werden könne, die ebenso wie Frankreich dort interessiert sind. Unter diesen Vorbehalten, die zugleich auf die Einhaltung der bestehenden Verträge und die Vorbereitung einer den Notwendigkeiten der Entwicklung angepaßten Neuordnung hingen, schloge die Kommission vor, den Gesekentwurf zu billigen. Der Finanzausschuß stellte die doppelte Bedingung, daß der Ertrag der französischen Anleihe nicht zur Rückzahlung des Kredites der Bank von England diene und die neuen Titel nur an der Pariser Börse zugelassen werden, wenn die Modalitäten der Anleiheausgabe nicht im Widerspruch zu den in Frankreich üblichen Bestimmungen stehen.

Auf Grund der beruhigenden Erklärungen von Paul Boncour und Chéron nahm der Senat den Gesekentwurf an.

Die ordentliche Parlamentstagung beginnt am 10. Januar. Die Verfassung schreibt den Zusammentritt des Parlaments am zweiten Dienstag des Januar vor.

Präsident Masaryk ist leicht an Grippe erkrankt. Der Präsident steht zwar im 82. Lebensjahre, ist aber gesunder und widerstandsfähiger Konstitution.

Bombenverschwörung in Barcelona

Riesenslager entdeckt — Anarchistische Umsturzpläne

Barcelona, 30. Dezember.

Durch die zufällige Auffindung eines großen Bombenslagers ist man einem anarchistischen Komplott auf die Spur gekommen. Wie man hört, sind Dokumente gefunden worden, die darauf hindeuten, daß geplant war, den seinerzeitigen Eisenbahnkreuzer zu einer großen politischen Aktion auszunutzen. In diesen Dokumenten sollen auch 54 Mitverschwörer namentlich aufgeführt sein. Die Polizei hat bereits drei Personen festgenommen, und man erwartet noch weitere Verhaftungen.

Uebrigens hat sich gestern abend in einem großen Möbelager ein eigenartiger Vorfall abgespielt, dessen Hintergründe noch nicht aufgeklärt werden konnten. Fünfzehn bewaffnete Männer drangen in den Laden ein, und zerstörten, während Komplizen von ihnen auf der Straße Wache hielten, das gesamte Inventar. Der Schaden wird auf 300 000 Peseten geschätzt.

Anarchistisch-militaristische Bundesbrüderschaft

Wie ergänzend zu den Bombenfunden in Barcelona bekannt wird, handelt es sich um ein

Bombenslager der Syndikalisten, das neben über 1000 schweren Bomben auch 2000 Zünder, 50 Kilogramm Dynamit, zahlreiche Pistolen und Gewehre enthielt.

Der Umsturzversuch sollte zusammen mit den Offizieren und Soldaten verschiedener Garnisonen in den nächsten Tagen vor sich gehen. Pläne von Kasernen sowie Aufstellungen über die Wohnungen von Truppenkommandeuren und Polizeioffizieren, die von den Syndikalisten verhaftet bzw. getötet werden sollten, wurden ebenfalls von der Polizei ans Tageslicht befördert.

„Selbstständigkeit“

Oesterreich am Gängelband

Paris, 30. Dezember.

Kammer und Senat sind in Ferien gegangen, nachdem auch der Senat die österreichische Anleihe mit 144 gegen 68 Stimmen gebilligt hatte.

Die Berichterstatter machten Vorbehalte, mit denen sich die Regierung einverstanden erklärte. Der Auswärtige Ausschuß ließ zum Ausdruck bringen, daß

Jungen Sohn erstach, und die dem Besucher heute tapfer von ihrem Kinde erzählt — der Frau in Schleien, die in dem Augenblick, da ihr Mann ins Zuchthaus gehen mußte, seinen Platz in der Partei einnahm — der alten Witwe in Berlin an ihrer Strickmaschine, die auf den Augenblick der Befreiung ihres unschuldig zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Sohnes wartet — und all der vielen, vielen, die stumm und selbstverständlich wie sie leiden und wie sie ihre Pflicht tun.

Zu ihnen treten die Proletarierinnen, die ihr Leptes hergeben, um geschlagene Wunden zu heilen, Not zu lindern. Wie ist die einfache Arbeiterin, die Hausfrau mehr über sich selbst hinausgewachsen wie in diesem Jahre. Da steht sie, die selbst nicht weiß, woher das nötige nehmen, in den Volkstüchen, in den Küchen der Erwerbslosen-Selbsthilfe von früh bis abends, um den Hunger der Klassengenossen stillen zu helfen. Da nützt sie, in deren eigenem Haushalt immer wieder Altes, Neues genäht und geflickt werden muß, bis in die Nacht hinein, um fremden Kindern und Alten eine Weihnachtsgabe machen zu können. Da sammeln sie, die um ihre eigenen Kinder bangen, junge Menschen um sich im freiwilligen Arbeitsdienst, in Kursen für Erwerbslose, um die jugendlichen Arbeitslosen der Verzweiflung, der Strafe mit ihren Gefahren zu entreißen!

Deshalb hinein mit neuem Mut in das Jahr 1933! Wir wissen, die Anforderungen dieses Jahres werden nicht geringer sein. Trotz der Verwirrung in der nationalsozialistischen Bewegung, trotz der Beseitigung Papens — der Kampf um unsere politische Freiheit ist noch nicht zu Ende! Ist Schleicher auch klug genug, die Papenschen Pläne gegen das demokratische Recht der Arbeiterschaft, der Frauen vorläufig zurückzustellen — nun, so sind sie eben nur zurückgestellt und nicht beseitigt. An uns wird es liegen, den Gedanken des Oberhauses, den Gedanken des Pluralwahlrechts, also die Gedanken der Entrechtung ein für allemal zum alten Eisen zu werfen. Dazu heißt es, die von Diktaturgeflüsten verwirrte Arbeiterschaft auf der einen, der nationalsozialistischen wie auf der anderen, der kommunistischen Seite, von ihrem Irrtum zu überzeugen, ihnen den Wert politischer Rechte klar zu machen, sie zu gewinnen für unseren großen Kampf, den Kampf um die Ueberwindung des Kapitalismus, für den Sozialismus!

Wir wissen, daß es keine endgültige Hilfe gibt in der Not der Gegenwart, solange der Egoismus des Kapitalismus uns beherrscht, der Weizen, Kaffee, Mais, Baumwolle und vieles andere lieber zugrunde gehen läßt, als es den hungrigen, den Darbenden zu geben. Wir wissen aber auch, daß der Kapitalismus nicht freiwillig geht, daß seine Ruhmnießer alle Mittel des Kampfes, Verhegung, Terror, Hunger, Entrechtung anwenden gegen die, die an den Festen einer überwindenen Wirtschaftsform zu rütteln wagen. Deshalb dürfen wir das Heil nicht erwarten als ein Geschenk, das uns in den Schoß fallen soll. Je mehr wir Frauen erkennen, wie stark die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die keine Ordnung sondern mehr und mehr ein Wahnsinn ist, der uns vernichtet, gerade in unser Frauenleben eingreift, um so mehr gilt der Ruf unserer Vorkämpferin Klara Müller-Jahne uns Frauen heute wie vor Jahrzehnten:

„Das neue Jahr bringt keine Bende,
Kein Ruf erreicht ein gnädig Ohr:
Auf Bruderrecht und Segenspende
Vertraut der hoffnungsreiche Tor.
Nur wer sich regt, dem wird es glücken,
Die Freiheit hat, wer sie sich schafft —
Erhebt das Haupt: auf eurem Rücken
Tragt ihr die Welt! Ihr seid die Kraft!“

Und so hinein in das Jahr 1933 mit dem Kampf des Jahres 1932: Freiheit!

2700000 in der Wohlfahrt!

Nach Mitteilungen des Deutschen Städtetags gab es im November 2 310 000 „anerkannte“ Wohlfahrtsarbeitslose (110 000 mehr als im Oktober). Dazu kommen 400 000 weitere, die dabei nicht berücksichtigt sind, nämlich über 60 Jahre Alte und früher Selbständige. Darüber hinaus erfordern noch 1 600 000 Armenpflinglinge, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte usw. große Ausgaben aus den kommunalen Finanzen.

Der schleichende Hochzeitsparrer Dr. Kessel von der Nicolaiskirche in Spandau ist, wie man aus dem „Angriff“ entnehmen kann, ein „Pfarrer der Glaubensbewegung Deutsche Christen“, also ein Nazi. Natürlich, was denn sonst?

Ein Grüzner-Scandal

Wissentlich falsche Anzeige des Senatspräsidenten

In Nr. 611 des „Vorwärts“ berichteten wir, daß der Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht, Grüzner, gegen den Kammergerichtsrat Dr. Fränkel eine leichtfertige Strafanzeige wegen vorsätzlicher Rechtsbeugung erstattet habe. Jetzt veröffentlichten zu dieser Sachlage das sozialdemokratische „Freie Wort“ und die rechtsstehende „Telegraphen-Union“ in allen wesentlichen Punkten übereinstimmende Darstellungen, die zu dem Schluß zwingen, daß die Strafanzeige Grüznerns nicht nur leichtfertig, sondern sogar wider besseres Wissen erfolgt ist. Folgender Sachverhalt liegt vor:

Im Oktober 1931 richtete Grüzner an die drei rechtsstehenden Fraktionen des Preussischen Landtags ein Schreiben, worin er gegen den Kammergerichtsrat Dr. Fränkel schwere Vorwürfe erhob, die darauf hinausliefen, daß Fränkel in dem Zivilrechtsstreit Lieblein gegen Sternberg de Armella das Recht gebeugt habe. Auf Grund dieses Schreibens stellte der Kammergerichtspräsident Tigges Ermittlungen an und, als diese die völlige Haltlosigkeit des Vorwurfs ergaben, richtete er gegen Grüzner Strafantrag wegen Beleidigung des Kammergerichtsrats Dr. Fränkel. Nach Einleitung des Strafverfahrens trat Grüzner einen völligen Rückzug an. Er gab in einem Schreiben die Erklärung ab, daß er in seinem Brief an die drei Fraktionen des Landtags lediglich eine Kritik an dem Kammergerichtsrat vom 9. Juli 1929 üben, aber nicht den Vorwurf einer strafbaren Hand-

lung habe erheben wollen. Besonders habe er nie den Gedanken gehabt, den Kammergerichtsrat Dr. Fränkel einer Rechtsbeugung zu verdächtigen, ebenso wie es ihm völlig ferngelegen habe und auch jetzt noch fernlege, der richterlichen Tätigkeit des Kammergerichtsrats Dr. Fränkel seine Mißachtung auszusprechen. Daraufhin nahm der Kammergerichtspräsident von sich aus im Einverständnis mit Kammergerichtsrat Dr. Fränkel den Strafantrag gegen Senatspräsident Grüzner zurück.

Nunmehr greift die nationalsozialistische Presse die Sache auf. Der „Angriff“ behauptete, daß der Strafantrag gegen Grüzner zurückgenommen sei, weil Grüzner verächtliches Material (!) gegen Fränkel gehabt habe. Darauf blieb dem Justizministerium nichts anderes übrig, als den Abbittebrief Grüznerns zu veröffentlichen. Nunmehr — wahrscheinlich aus Jörn hierüber — erstattete Grüzner beim Oberstaatsanwalt förmliche Strafanzeige gegen Kammergerichtsrat Fränkel wegen Rechtsbeugung. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion unterstützte die Strafanzeige durch eine kleine Anfrage. — Nunmehr ist das eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Kammergerichtsrat Dr. Fränkel von der Staatsanwaltschaft II eingestellt worden, da der Vorwurf der Rechtsbeugung gegen Kammergerichtsrat Dr. Fränkel völlig unbegründet ist.

Die Tätigkeit des Senatspräsidenten Grüzner läßt sich also dahin zusammenfassen: er hat

in einem Brief an die Fraktionen den Kammergerichtsrat Fränkel der Rechtsbeugung beschuldigt, auf das eingeleitete Strafverfahren hin hat er den Vorwurf der Rechtsbeugung in aller Form zurückgenommen, ganz kurze Zeit darauf hat er den zurückgenommenen Vorwurf zum Gegenstand einer Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht! Mit Recht bemerkt hierzu das „Freie Wort“:

Ein solches Vorgehen läßt nur zwei Erklärungen zu: entweder Senatspräsident Grüzner ist geistig nicht gesund und für seine Handlungen nicht voll verantwortlich — was man doch von einem aktiven Senatspräsidenten nicht ohne weiteres sollte annehmen können —, oder er hat eine willkürlich falsche Anschuldigung erstattet; denn derselbe Grüzner, der diese Anzeige erstattet hat, hatte ja mehrere Monate vorher ausdrücklich erklärt, er hätte niemals daran gedacht, den Kammergerichtsrat Dr. Fränkel einer Rechtsbeugung zu verdächtigen.

Es handelt sich um einen Justizskandal ohne gleichen. Man darf mit Recht darauf gespannt sein, wie die Staatsregierung, wie die übrige Richterchaft auf dies beispiellos unqualifizierbare Verhalten eines Mannes reagieren werden, der schon vormem einige Proben einer mehr als seltsamen Charakterveranlagung gegeben hat. Ein Strafverfahren gegen Grüzner wegen wissentlich falscher Anschuldigung erscheint unabweisbar.

Unsere Befreiten Ergreifende Begrüßungsfeier

Aus Breslau wird uns geschrieben:

Aus zehn schlesischen Gefängnissen, deren Kerker-tore sich für unsere Genossen in den Weihnachtstagen öffneten, kamen die 127 Befreiten, Verurteilten und Angeklagten, welche die Eisernen Front Breslaus, wie bereits kurz gemeldet, im Gewerkschaftshaus zusammengerufen hatte, um sie in der Freiheit und im Kreis der Mitkämpfer zu begrüßen. Die Verurteilten der Landfriedensbruch-Prozesse von Ohlau, Breslau, Schweidnitz, Rantzh, Heiderodorf, Marschwitz, die wenige Tage noch einzeln hinter den Gitterstäben ihrer Zellen gefesselt, sahen sich plötzlich inmitten einer mehrtausendköpfigen Menge, umweht von einem Meer roter und schwarzrotgoldener Fahnen, tausend Hände strakten sich ihnen von allen Seiten entgegen. Brauender Jubel schwang sich über die weiten Säle, als sie hinter den Fahnen ihrer Ortsgruppen mit erhobenem Arm in den Saal schritten und der gewaltige Chor „Freunde, Brüder, seid gegrüßt!“ aus hundert kräftigen Männerkehlen ihnen entgegenkollte.

Keine Vorbestraften!

Als die 127 Amnestierten nebeneinander auf der Bühne Platz genommen, wurde es erst augenscheinlich, welchen Schicksalsschlag für jeden einzelnen Verurteilung und Freilassung bedeuteten. Da sah in der ersten Reihe eine kleine abgeklärte Frau in den vierziger Jahren aus der kleinen Stadt Rantzh, Genossin Kuhl, — es hatte sich ein Gericht gefunden, das sie wegen „Anstiftung von Unruhen“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, von dem sie reichlich zwei Monate abgehüßt hatte! Da sah inmitten der Alten mit weißen Schläfen der kräftige Ohlauer Genosse Blech, dem das Brieger Gericht vier Jahre Zuchthaus diktiert hatte, der aber, von Polizeidienern abgeführt, mit erhobener Faust und dem Rufe „Freiheit“ den Gerichtssaal verließ. Da sahen die Jungen mit den reinen weichen Gesichtern, die die unverschuldete Not der Wirtschaftskrise aus der normalen Bahn auf die Straße geführt hat. Keine „Vorbestraften“, keine „Kombis“, keine gewalttätigen Naturen, schlichte Proletarierjungen, die sich in ihrem einfachen Sonntagsanzug fast befangen umbläuten, als sie sich plötzlich aus der dunklen Zelle in das helle Bühnenlicht und die allgemeine Aufmerksamkeit gerückt sahen.

Treu zur Partei!

Redner der Partei, der Gewerkschaften, des Reichsbanners riefen den Befreiten den Willkommensgruß entgegen. Sie erinnerten an die vielen Verletzten und körperlich Geschädigten, die als Opfer der gleichen Kämpfe in den Sälen saßen, sie betagten, daß es nicht gelungen sei, alle materielle Not von den Familien der Geschädigten fernzuhalten, und Bürgermeister Rache wies darauf hin: trotz alledem bleibt unser Bekenntnis „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren“, sondern mit Geist und Wissen kämpfen wir, nur Notgedrungen mußten wir uns der Gewalt von der anderen Seite mit den gleichen Mitteln erwehren. Genosse Löbe, selbst „vielfach vorbestraft“ wegen politischer Vergehen, versicherte den Freigesetzten, daß sie sich niemandem gegenüber zu schämen brauchten wegen ihrer Verurteilungen, mit größtem Stolz als dem auf unerdiente Orden, die mancher herunterträgt, dürften sie auf die Wunden blicken, die ihnen der Kampf für ihre Ideale geschlagen.

Mit schlichten Worten dankte der Landarbeiter

Stralik aus Ohlau der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß es ihr gelungen war, das Bekleidungsgebot durchzusetzen, dankte den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, dem Reichsbanner und den Sportverbänden, daß sie ihre Familien nicht im Stich gelassen und gelobte für die ganze Schar, die ihn umgab, daß sie morgen wieder Schulter an Schulter mit den Klassengenossen kämpfen würden.

Unter den mächtigen Akkorden der Mäder: „Zuerst muß noch die Kette fallen, in die das Kapital uns schlug“ und „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ trennten sich die Teilnehmer der Feier, die nicht nur denen in dieser Erinnerung bleiben wird, denen sie in erster Linie gegolten hat.

Amnestienachlese Die Beleidigungsverfahren

Jede Amnestie hat ihre Rehrseite: sie muß eben mit in Kauf genommen werden. Die Rehrseite dieser Amnestie ist u. a. die Einstellung der politischen Beleidigungsverfahren. Das schneidet den ungerecht Beleidigten die Möglichkeit ab, sich in öffentlichem Verfahren Genugtuung zu verschaffen.

So wird jetzt das Verfahren gegen „Friedericus“, der gegen die Genossen Landsberg, Crispian, Dittmann und Schmidt den Vorwurf des Landesverrats erhoben hat, gegen den Herausgeber des „Vorstoß“, Dr. Fischer, der in der 1. Instanz wegen Beleidigung der Genossen Wiffell, Stüden, Herz und Roste zu 500 M. verurteilt wurde, gegen Rames und Zeig, die Weis verleumdet haben, usw. ruhnießer der Amnestie ist u. a. Dr. Goebels, der wegen zahlreicher Beleidigungen im „Angriff“ mehrere Monate Gefängnis zu verbüßen und mehrere tausend Mark Geldstrafe zu zahlen hätte — und Moriz Jarnow, der wegen Beleidigung von Roste verurteilt wurde. Ob die übrigen Verfahren gegen ihn im Zusammenhang mit der „Befreiten Justiz“ einzustellen sind, soll noch geprüft werden.

Zur Einstellung gelangen aber auch sämtliche

Verfahren wegen Gotteslästerung, so auch das gegen Friedrich Wendel und den „Wahren Jacob“. Eingestellt wurde das Verfahren gegen den Redakteur des „Tagebuchs“, Bornstein, dessen Prozeß in der Öffentlichkeit mehr als Jorns-Prozeß bekannt war — er wurde dreimal verhandelt und endete schließlich mit Bornsteins Verurteilung —, das Verfahren gegen Genossen Seger, der wegen Beleidigung der Reichswehr verurteilt wurde und ein ähnliches Verfahren auch gegen Lehmann-Rusbildt, ferner das Verfahren gegen den Redakteur des „Uhr-Abendblatts“, Hirsch, der gegen seine Verurteilung in der ersten Instanz wegen Beleidigung des Landgerichtspräsidenten Sölling Berufung eingelegt hatte.

Eine wichtige Entscheidung hat die Abwacklungskammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tott getroffen. Sie hat die Anträge der Verteidigung auf Anwendung einer Strafmilderung auf Grund der Friedensnotverordnung in den Fällen eintreten zu lassen abgelehnt, in denen die Amnestie bereits in Anwendung gekommen ist. Diese Entscheidung ist z. B. von großem Interesse im Falle des

Reichsbannermannes Klein, der wegen schweren Landfriedensbruches zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist.

Auf Grund der Amnestie ist die Strafe auf 2½ Jahre Gefängnis herabgesetzt. Die Friedensnotverordnung besagt aber, daß in den Fällen, wo Verurteilungen auf Grund der Antiterrornotverordnung stattgefunden haben, eine Strafmilderung eintreten kann, wenn das Strafgesetzbuch als Norm eine geringere Strafe vorseht. Unter normalen Verhältnissen hätte Klein vielleicht nicht mehr als 1 Jahr Gefängnis erhalten, nun hat er 2½ Jahre zu verbüßen. Es wäre nur recht und billig, wenn auch diese Strafe auf Grund der Friedensnotverordnung gemildert würde. Die Berliner Abwacklungskammer ist aber der Ansicht, daß die Friedensnotverordnung bereits die Strafmilderungen durch die Amnestie berücksichtigt und eine weitere Strafmilderung nicht im Auge gehabt habe. Dieser Standpunkt kann nicht als richtig anerkannt werden.

Eine Mutter klagt an!

Schützt eure Söhne vor der SA.!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Dresden, 30. Dezember.

Die Mutter des ermordeten SA-Mannes Henrich veröffentlicht folgende Todesanzeige:

„Herbert Moritz Julius Henrich, geboren am 25. April 1906 zu Dresden, durch Mörderhand gestorben Anfang November 1932. Nachdem ich sieben Wochen große seelische Qualen der Ungewißheit über den Verlust meines lieben und einzigen Sohnes Herbert gehabt habe, erreicht mich die erschütternde Nachricht von dem bestialischen Mord.“

Ein nicht auszudenkender grauenhafter Mord ist an meinem innigstgeliebten Sohn verübt worden. Mit kalter, roher Hand erschlagen, die Brust durchschossen, die Beine gebunden, der Körper in Säure gehüllt, mit seinen Brüden in die Talsperre geworfen. So lag mein armer Sohn bald zwei

Monate in den kalten Fluten! Ein grauenvoller Tod, ein noch bestialischerer Mord läßt sich wohl kaum noch erdenken.

Und wer sind diese elenden Mörder? In den Reihen seiner eigenen Kameraden, seiner Parteigenossen, werden sie gesucht! Welch eine Rohheit! Und Welch eine gesunkene Menschheit hatte meinen Sohn in seiner jahrelangen Parteiliebe bei der NSDAP. umgeben! ...

Ich bedauere unendlich, daß ich mein liebes Kind nicht gewarnt habe, in diesen Streifen zu verkehren. Allen Mäthern möchte ich in meinem unaussprechlichen Schmerz rufen: „Schützt eure Kinder vor derartigen Elementen!“

In großem Herzeleid

Frau Klara Voßmann verw. gewesene Henrich.“

Eine Abordnung, die die Dresdener NSDAP. zu der Mutter geschickt hatte, war von dieser nicht empfangen worden.

Gemeinden an der Jahreswende

Kommunale Bilanz 1932 — Das Problem der Umschuldung

Die Wirkungen der Wirtschaftskrise werden in Haushalt und Arbeit der Gemeinden am schmerzhaftesten empfunden. Unter dem wügenden Druck der Arbeitslosigkeit steigen die Ziffern der Wohlfahrtsausgaben von Monat zu Monat. Die Schrumpfung der Einnahmen, der Rückgang der gewerblichen Tätigkeit, die Verminderung des Warenumschlages und der Absatz der Preise prägen sich in den Steuereinnahmen der Städte auf das deutlichste aus. Unter der Einschränkung der Konsumkraft der Bevölkerung leidet der Absatz an Gas, Wasser, Elektrizität, die Folge ist eine empfindliche Verringerung der für den Etat bedeutenden Werksüberschüsse. Die Stilllegung von Fabriken die Kurzarbeit und der allgemeine Abbau von Arbeitskräften entziehen den Verkehrsunternehmen zahlreiche Fahrgäste, so daß oft hohe Zuschüsse erforderlich werden, um den für die Großstadt erforderlichen Verkehrsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Dieser Bedrohung von der Ausgaben- und Einnahmenseite konnten die Städte nicht ausweichen.

Ihre Pflicht zur Fürsorge für Hilfsbedürftige ist gesetzlich festgelegt und muß angesichts des namenlosen Massenelends vor allen anderen Aufgaben geliebt werden.

Die Erhöhung der Gemeindesteuern ist zum Teil aus gesetzlichen Gründen nicht zulässig, zum Teil wegen der Überbelastung der betroffenen Bevölkerungsschichten praktisch unmöglich. Die notwendige Hilfe von Reich und Land blieb in den ersten Jahren der Krise vollständig aus. Soweit sie jetzt erfolgt, ist sie angesichts der Größe der an die Gemeinde gestellten Anforderungen unzulänglich und in keiner Weise ausreichend, um die täglich zunehmenden städtischen Finanznöte erfolgreich zu bekämpfen.

Unter diesen Umständen blieb kein anderer Ausweg als der Versuch, durch stärkere Einschränkungen im Gemeindehaushalt einen Ausgleich zu schaffen und die Erfüllung der dringlichsten Aufgaben sicherzustellen. Diese Sparmaßnahmen haben keinen Teil der Gemeindefürsorge unberührt gelassen.

Herabsetzung der Gehälter und Löhne, Drosselung der Sachausgaben, Einschränkung der städtischen Leistungen in Schulen und Anstalten.

Unterlassung notwendiger Unterhaltungsarbeiten im Straßenbau, bei den Gebäuden und technischen Einrichtungen sind die Mittel, mit denen die kommunalen Ausgabenstellen gewaltsam herabgedrückt wurden. Gegenüber der Steigerung der Fürsorgeaufwendungen und der Verminderung der Steuereinnahmen aber reichten diese Mittel in den meisten Städten nicht aus. Einschränkung des Zinssendienstes oder stöckende Leistung gegenüber den Gläubigern, Zurückbehaltung von Staatssteuern, Nichtbezahlung von Rechnungen, Kreis- und Provinzialabgaben und ratenweise Auszahlung der Beamtengehälter

zeichnen den abjünglichen Weg, den zahlreiche Städtewaltungen während des abgelaufenen Jahres gehen mußten. Von Woche zu Woche mußte sich unter diesen Verhältnissen der bedrohliche Zustand in den deutschen Gemeinden verschärfen.

Angesichts dieser Entwicklung der Gemeindefinanzen, deren Erschütterung für die Öffentlichkeit immer offenkundiger werden mußte, hat das Vertrauen in die Fähigkeit der Städte, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ständig nachgelassen. Die Erlangung neuer Kredite wurde dadurch unmöglich, aber auch die Beteiligung der Gemeinden an irgendwelchen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen außerordentlich erschwert. Darüber hinaus hat die kommunale Not ihre empfindlichsten Rückwirkungen auf weiteste Kreise der Wirtschaft ausüben müssen. Die nichtbezahlten Lieferantenrechnungen erschweren die Dispositionen der mit den Gemeinden arbeitenden Gewerbetreibenden in empfindlichster Weise. Die Stöckung in der Zahlung von Zinsen und der Abtragung von Krediten wird für die beteiligten Banken und Kreditinstitute immer unerträglicher. Die Ausschaltung der Kommunen als großer Auftraggeber auf den verschiedenen Gebieten hat für große Wirtschaftszweige zum Teil geradezu ruinierende Folgen.

Gegenüber diesen offenkundigen Notständen des Gemeindehaushalts, der ein entscheidender Teil des öffentlichen Gesamthaushalts ist, hat sich der Gesetzgeber auch in diesem Jahre mit unzureichenden und im Erfolg unbefriedigenden Teilmaßnahmen begnügt. Das System der Ausgleichs- und Hilfsfonds ist ständig weiter ausgebildet worden, dagegen ist jeder Versuch einer organischen zukunftsweisenden Neuordnung unterblieben. Darunter leiden nicht nur die Städte als finanzielle Kostgänger dieser von allen Seiten bekämpften Fonds, sondern vor allem

der Geist der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung.

den zu stärken in dieser Krisenzeit besondere Veranlassung ist.

Es besteht bei dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung die Gefahr, daß dieser unerträgliche Zustand sich auch im Jahre 1933 fortsetzt. Daß auch im nächsten Jahre der Versuch unterbleibt, durch eine Neuordnung der Arbeitslosenhilfe, einen sinnvollen Finanzausgleich und einen angemessenen, auf objektiven Merkmalen aufgebauten Lastenausgleich die Grundlagen einer geordneten gemeinlichen Haushaltsführung zu schaffen. Daß vor allem das Problem der Umschuldung der drückenden kurzfristigen Kommunalkredite, das bereits in der Notverordnung vom Oktober 1931 angesprochen wurde, weiter ungelöst bleibt und dadurch die Aufrechterhaltung des kommunalen Eigentums an den großen Versorgungsbetrieben, eine gemeinliche Lebensfrage, auf das höchste gefährdet wird.

noch ganz andere Angriffe auf die Kirche zulassen würde?

Es sieht leider so aus, als ob die Sozialdemokratie noch die einzige Partei in Deutschland wäre, die bereit ist, ohne Rücksicht auf ihre speziellen Interessen, die Freiheit der Kunst und Wissenschaft zu verteidigen. Eine liberale Partei von politischer Bedeutung, die diese Aufgabe übernehmen könnte, gibt es ja nicht mehr, und diejenigen, die an erster Stelle berufen wären, die Freiheit des Theaters mit allen Mitteln hochzuhalten, nämlich die Theaterdirektoren selbst, scheinen die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit zu halten. Wenigstens geht aus einer

Erklärung des Direktors Beer

heroor, daß das Deutsche Theater nicht einmal daran denkt, „Gott, Kaiser und Bauer“ in geschlossener Vorstellung mit der Erörterung für und wider aufzunehmen. Er macht sogar das Zugeständnis,

Theaterskandal



„Meine Herren, warum die Aufregung? Das Stück spielt doch im Mittelalter.“ „Eben das lassen wir nicht schlecht machen, wo wir dahin zurück wollen!“

daß es mitbestimmend für die Absetzung des Werks war, daß es sich in ihm nicht um eine Idee, sondern um eine rein historische Darstellung handelte. Mit dieser rabulistischen Untercheidung kann man schließlich jede Forderung auf Absetzung eines Stückes motivieren. — Weniger schnell scheint

der Verfasser des Dramas, Julius Hay,

nachgeben zu wollen. Er hat merkwürdigerweise erst aus den Zeitungen erfahren, daß sein Stück abgesetzt wurde. Die Theaterdirektion hat es nicht für angebracht gehalten, ihn zu der Rücksprache mit der Volksdektion zuzuziehen. Infolgedessen hat der Rechtsvertreter des S. Fischer-Verlages, der den Vertrieb des Stückes hat, die Direktion des Deutschen Theaters aufgefordert, das Werk wieder in den Spielplan aufzunehmen und ordnungsgemäß im Spielplan auszuführen. Er macht zugleich das Theater für jede Benachteiligung, die der Autor durch die Absetzung des Stückes erleidet, verantwortlich.

Man erfährt zu guter Letzt, daß der Stein des Anstoßes, an dem die politischen Parteien ihre Macht erproben, bereits in Breslau mit großem Erfolg und ohne daß es zu Zwischenfällen kam, aufgeführt ist. Auch hat ein Teil der Reichspresse in seiner Kritik dem Drama Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Brith Trumpeldor

Dementierte SA.-Instruktore

Der „Bormärts“ hat am 28. d. M. einen Bericht des „Politischen Pressedienstes“ wiedergegeben, wonach die jüdische Weberorganisation „Brith Trumpeldor“ Instrukture einstelle, die früher Offiziere der Hitler-Armee gewesen seien.

Die Landesleitung des Brith Trumpeldor erklärt in der „Jüdischen Telegraphen-Agentur“ diese Mitteilung als falsch; nur Juden seien Instrukture und diese ganze Organisation diene lediglich der Verteidigung Palästinas und der Abwehr antijüdischer Pogrome.

„Neujahrswünsche“

Reichsanstalt an die Angestellten

Zu jedem Jahreswechsel spricht der Präsident der Reichsanstalt den Beamten und Angestellten der Arbeitsämter den Dank für die hingebungsvolle Arbeit aus. Dieser Dank hat in diesem Jahr besondere Formen angenommen. Bei den neun Arbeitsämtern Berlins ist etwa 500 Angestellten am 18. und 23. Dezember ein Gehaltsabzug von 30 bis 100 Mark monatlich gemacht worden. Am 31. Dezember sollen außerdem auf Anweisung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Brandenburg bei gleichbleibender Arbeit etwa 100 Angestellte herabgruppiert werden, um einen weiteren Gehaltsabbau von monatlich 30 bis 50 Mark vornehmen zu können. Durch diese Maßnahmen sollen „Anzuträglichkeiten“ vermieden werden, außerdem werden Zeithilfen „eingespart“, d. h. entfallen.

Daß die Angestellten der Arbeitsämter durch solche Maßnahmen auf das äußerste erbittert werden, scheint den anordnenden Personen, die mit der Rasse der Arbeitslosen feinerlei Berührung haben, gleichgültig. Verfügungen über Verfügungen zum Schaden der Angestellten werden erlassen. Eine dem Personal auferlegte Schweigepflicht über dienstliche Vorgänge soll außerdem verhindern, daß diese Maßnahmen der Öffentlichkeit bekannt werden.

Der Herr Reichsarbeitsminister ist zum Schweigen nicht verpflichtet. Statt des üblichen Neujahrswunsches erwarten die Angestellten, daß die angeordneten Maßnahmen sofort rückgängig gemacht werden.

Die Silvesternacht

Sonderdienst der Schupo

Die Polizei hat alle Maßnahmen getroffen, die einen ruhigen Verlauf der Silvesternacht gewährleisten. Den Silvestergebräuchen der Berliner Bevölkerung wird weitestgehend Rechnung getragen, jedoch soll davon abgesehen werden, dort Feuerwerke abzubrennen, wo Menschen gefährdet werden könnten.

Die Schupo ist für die Silvesternacht angehalten, den Dienst mit besonderer Zurückhaltung auszuüben; alle Vorkehrungen sind aber getroffen, um Unwünsche mit der notwendigen Schärfe zu unterdrücken. Das Abschließen von Kaseten und Leuchtkegeln sowie anderen feindschaftlichen Feuerwerkskörpern ist polizeilich verboten. Für die Abend- und Nachstunden ist ein verstärkter polizeilicher Streifendienst eingesetzt.

Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß die Verkehrsampeln während der Nacht nicht in Betrieb sind. Im Zentrum der Stadt werden sie um 19.30 und im Westen um 21.30 Uhr außer Betrieb gesetzt.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schehr, der kürzlich wegen Betrugs militärischer Geheimnisse festgenommen worden war, ist jetzt aus der Haft entlassen worden. Die Entlassung erfolgte, weil auch die Schehr zur Last gelegte Straftat unter die vom Reichstag beschlossene Amnestie fällt.

Die französischen Senatoren Jourdain, Schramm und Vielland sind in die Steuerbetriebsämter der Basler Handelsbank verwickelt. Sie hatten die Aufhebung ihrer Immunität verlangt, doch hat dies der Senat mit 122 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

Der Theaterterror

Allerlei Nachspiele

Der unerhörte und in keinem Fall vorauszu- sehende Erfolg, den die Theaterterroristen mit ihrem Radau und ihren Drohungen im Deutschen Theater erzielt haben, hat die Urheber der Provokation in Siegesstimmung versetzt. Sowohl die Zentrums- wie die Nazipresse buchen das Resultat als ihr Werk. Die „Germania“ spricht jetzt sogar den frommen Wunsch aus, daß das Stück endgültig auch von den Bühnen im Reich, die es gleichzeitig zur Aufführung brachten, verschwindet. Auch das bischöfliche Ordinariat Berlin hatte nach dem Zentrumsblatt scharfsten Einspruch gegen die Aufführung des Stückes „wegen der schamlosen Verzerrung der historischen Wirklichkeit“ usw. erhoben. (Die historische Wirklichkeit kann man in jedem Geschichtsbuch, sogar in katholischen, feststellen.)

Der „Angriff“ schreibt triumphierend:

„Selbstverständlich wird sowohl das Polizeipräsidium als auch die Direktion des Theaters die Auffassung energisch dementieren, daß man lediglich auf Grund der Auslassungen des „Angriff“ so schnell zu einer Vereinerung dieser üblen Affäre kam. Wir sind jedoch der Ansicht, daß auch heute noch keine Klärung herbeigeführt wäre, wenn wir es nicht unternommen hätten, die Dinge einmal beim rechten Namen zu nennen.“

Wären die merkwürdigen Brüder es unter sich auszumachen, wer den größeren Anspruch auf diese Kultur hat, wer mehr dazu beigetragen hat, die Freiheit des Theaters zu erschüttern. Nebenbei nehmen sich die Nazis recht erbaulich aus, wenn sie sich als Schützer der mittelalterlichen Moate aufspielen, die in Konstanz so prächtig zum Ausdruck kam, wenn sie diese verfaulende Gesellschaft der Kaiser und Päpste als katastrophal erklären wollen. Den übereifrigen Anwälten des Zentrums geben wir aber zu bedenken, was aus ihrer religiösen und sonstigen Freiheit wird, wenn politische Machtmittel darüber entscheiden dürfen, was das Recht der Öffentlichkeit erblicken darf. Haben sie die Lehren der malgepöplischen Zeit bereits völlig vergessen und glauben sie, daß eine Ratzherrschafft, wenn sie ans Ruder käme, nicht

Der Lahusen-Prozess

Endlich zum 14. Februar 1933

Im Sommer 1931 wurde jener Konzernskandal aufgedeckt, der unter dem Namen „Nordwolle“ eine so traurige Berühmtheit erlangt hat. Schon kurze Zeit nach den ersten Enthüllungen zeigte es sich, daß die Nachhaber in der Nordwolle, die Bremer Patrijier Gebrüder Lahusen, sich schwerste kriminelle Verfehlungen hatten zuschulden kommen lassen. Es dauerte aber noch eine ganze Zeit, bis unter dem Druck der Öffentlichkeit sich die Bremer Staatsanwaltschaft zu einer Verhaftung der Brüder Lahusen entschloß.

Selt anderthalb Jahren hat die Öffentlichkeit in Deutschland vergeblich auf die Festsetzung des Prozesstermins gewartet. In England hat die Untersuchungsbehörde auch bei den schwierigsten Wirtschaftsprozessen der letzten Zeit, so zum Beispiel bei dem Fall des Multimillionärs Lord Rossant, in drei, höchstens vier Monaten das gesamte Anlagematerial zusammengeschoben, und unter dem frischen Eindruck

der Korruptionsaffären den Prozeß gegen Wirtschaftsverbrecher verhandelt. In Deutschland ist das anders!

Als der Prozeß gegen die betrügerischen Direktoren der Fava ein Jahr nach der Aufdeckung der Betrügereien stattfand, erinnerte sich nur noch ein kleiner Teil der Öffentlichkeit bei der Schnelllebigkeit unserer Zeit dieses ungeheuerlichen Skandals. Genau so ist es mit den Lahusen, obwohl die Taten dieser „Wirtschaftsführer“ weit über Deutschlands Grenzen hinaus gewirkt und die bereits im Gange befindliche ausländische Kapitalabwanderung aus Deutschland zur Kapitalflucht verdichteten. Die Praxis der Bremer Justizbehörde im Falle Lahusen hat bisher noch wenig Vertrauen in der Öffentlichkeit erwecken können. Die Öffentlichkeit wird daher um so mehr verpflichtet sein, mit scharfem Auge den Verlauf dieses Konzernprozesses im Interesse einer Reinigung unseres öffentlichen Lebens zu überwachen.

Arbeitsbeschaffung oder Subvention

Wie sich Herr von Schleicher entschieden hat

Das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschaftszeitung“, bespricht in seiner heutigen Nummer eingehend das Programm des Reichskommissars Dr. Gereke und kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

Seider entspricht der Kugeffekt dieser Aktion dem Aufwand an (manuellen) Mitteln nicht. Ein Teil der Mittel ist bereits herausgegeben und verpulvert, ein anderer Teil wird wahrscheinlich nicht ausgenutzt bleiben; große Beträge werden für die Zwecke verwenDET, die keine neue Arbeitsgelegenheit schaffen (z. B. Ankauf von Grundstücken bei den Siedlungen u. a. m.); bei der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn, Reichspost u. a. m. besteht die Gefahr, daß sie zum Teil aus den Lagerverrätern der Betriebe, ohne Mehrereinstellung von Arbeitskräften, erfüllt werden.

Die Unzulänglichkeit der bisher eingeleiteten und hier noch einmal zusammengefaßten Maßnahmen tritt am deutlichsten daran in Erscheinung, daß die Regierung imstande ist, wohl die eröffneten Kredite aufzuzählen, ohne jedoch die zwei wichtigsten Fragen beantworten zu können:

1. Wieviel Arbeiter sind dank dieser Kredite wiederbeschäftigt worden? 2. Welche neue Kaufkraft, die der Aufrechterhaltung der Wirtschaft dienen muß, ist aus der Aktion entstanden?

Was die eigentliche Finanzierung betrifft, so fehlt es in dieser Hinsicht den Ausführungen des Reichskommissars an Klarheit. Weder die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten noch die Rentenbankkreditanstalt sind imstande, aus eigenen Mitteln den Trägern von öffentlichen Arbeiten Hunderte von Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Sie kommen lediglich als Vermittler zwischen den Darlehensnehmern und der Reichsregierung bzw. Reichsbank in Frage. Es handelt sich also um eine Krediterschöpfung, deren Einzelheiten zunächst im Dunkel bleiben, von der aber das eine und das Besondere bekanntgegeben wird: sie beruht auf

der Zusammenarbeit der Reichsbank mit den zuständigen öffentlichen Stellen.

Nach der Erfahrung der letzten Monate sind wir soweit, daß das Problem der Kreditausweitung für uns von seinem mystischen Schleier völlig befreit ist. Wir wissen nämlich ganz genau, welche Kreditausweitung die unbestechlichen Vertreter der Wirtschaft und machtsamen Hüter der Währungsstabilität für zulässig halten und welche sie wegen Inflationsgefahr mit allen Mitteln bekämpfen: zulässig und vernünftig ist die Kreditausweitung, sofern die geschöpften Kredite

in die Taschen der Kapitalisten als Subventionen, Prämien und einfache Liebesgaben fließen;

verderblich und entsetzlich ist dagegen jede Kreditausweitung, die dem Wohl der Allgemeinheit, der Volkswirtschaft, der Arbeiterschaft dient. Die „öffentliche Meinung“ hat der Papenschen Kreditausweitung zugejubelt. Sie wird mit einem trockenen und einem feuchten Auge der neuen Kreditausweitung zustimmen, da auf diese Weise der Prämienfonds für die Interessenten gerettet wird. Aber um so heftiger wird sie sich der Ausweitung der Aktion bis zu einem volkswirtschaftlich vernünftigen Umfang widersetzen.

Bisher wurde der Prämienfonds nur sehr schwach beansprucht, weil die Wirtschaftsanforderung durch das Papen-Programm keinen Erfolg hatte. Jetzt aber werden Arbeiter wiederbeschäftigt. Oben haben wir berechnet, daß man — im günstigen Fall — mit der zusätzlichen Beschäftigung von etwa 500 000 Mann rechnen kann. Da treten die mächtigen Interessentengruppen auf und erklären: Wir können diese Aktion nicht anders als gegen eine Belohnung von $400 \times 500 000 = 200$ Millionen Mark genehmigen.

Und dieser Preis wird ihnen zugefagt,

denn die Reichsregierung läßt den Prämienfonds

unberührt, hält ihn zur Auszahlung bereit, und verliert sich, anderswie die für die Arbeiten notwendigen Mittel zu verschaffen!

Es wird stillschweigend anerkannt, daß auch für die Aufträge im Rahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung den Unternehmern Mehreinstellungsprämien ausbezahlt werden. Es wird dabei völlig übersehen, daß der Zweck der Prämien-Steuerquittungen kein anderer ist, als den Abschlag durch die Senkung von Beschäftigungskosten zu fördern. Wenn ein Unternehmer für die Ausführung eines öffentlichen Auftrages neue Arbeitskräfte einstellt und dementsprechend sozialverträglich 1000 M. an Steuerquittungen erhält, ist er verpflichtet, diesen Betrag vom Preis des Auftrags abzuziehen.

Wenn er ehrlieh ist, kann er also von der Prämie keinen Nutzen haben.

Die Aufrechterhaltung des Prämienfonds ist also für die Unternehmer nur insofern von Bedeutung, als sie sich von vornherein entschlossen haben, den Prämienbetrag bei der Erhaltung von Aufträgen nicht abzurechnen, d. h. den Staat zu betragen.

Und da Dr. Gereke feierlich erklärt hat, daß die Gemeinden sämtliche Aufträge den Privatunternehmern übergeben müssen, daß sie kein Recht haben, die Arbeiten selbst auszuführen, sind sie gegen Mißbräuche seitens der Privatunternehmer geschützt.

Jetzt wird die „Wirtschaft“ den Trägern der öffentlichen Arbeiten ihre Bedingungen diktiert

und dafür sorgen, daß die Aktion möglichst mehr an Privatproften abwirft und der Lohnanteil an den herausgegebenen Mitteln möglichst niedrig bleibt.

In dieser Hinsicht bringt das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung Konzessionen an den Besitz, die seinen Wert sowie seine Erfolgsaussichten ganz erheblich beeinträchtigen.

Die Einstellung von Musikern die abgebauten Kulturorchester wieder aufzufüllen, Einwirkung auf die Rundfunkgesellschaften, härter als bisher Kapellen arbeitsloser Musiker zu beschäftigen, Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden, Befreiung der Berechnung der Luftverkehrssteuer nach der Zahl der beschäftigten Musiker, Steuerermäßigung bei Beschäftigung arbeitsloser Musiker und Einwirkung auf den Musikerverband, bei nachweislicher Beschäftigung arbeitsloser Berufsmusiker eine erhebliche Ermäßigung der Musikausführungsgebühren eintreten zu lassen.

Der Deutsche Musikerverband betont ausdrücklich, daß er sich mit seinen Forderungen durchaus im Rahmen des Möglichen gehalten habe.

„Mobilisierung“

Bei Aschinger

Was der RGD auf den ersten Hieb nicht gelungen ist, einen Streik in den Aschinger Betrieben durchzuführen, das will sie jetzt nachholen. Die Klage der Direktion auf Amtsenthebung eines roten Betriebsrats, der nicht einmal „Der Richtige“ für die RGD zu sein scheint,

Forderungen des Alfa-Bundes

Denkschrift zur Sozialpolitik

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes hat der Reichsregierung sowie den gesetzgebenden Körperschaften und anderen öffentlichen Stellen eine Denkschrift über sozialpolitische Gegenwartsforderungen der Angestellten überreicht. Wir entnehmen der Denkschrift folgende bemerkenswerte Feststellungen und Forderungen:

Ueber eine halbe Million Angestellte der verschiedenen Berufsgruppen ist im Jahresdurchschnitt 1932 ohne Arbeit gewesen. Davon erhält über ein Drittel überhaupt keine Unterstützung. Alle bisherigen Versuche, eine Entlastung des Arbeitsmarktes der Angestellten herbeizuführen, sind gescheitert. Die Tarifgehälter der Angestellten sind fürchterlich gekürzt worden. Selbst die Gehälter der vollbeschäftigten Angestellten liegen heute um rund 40 Proz. unter dem Gehaltsniveau des Jahres 1929. Durch die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts wurde den Angestellten der Anspruch auf ihre vollen Monatsgehälter im Falle von Kurzarbeit genommen. Nach den Erhebungen des Alfa-Bundes arbeitet gegenwärtig ein Drittel aller Angestellten

diem als Vorwand für die neue Aktion. Nach Aufzählung der „Schwächen bei der Kampforganisation“ und der Erwähnung eines „schweren Fehlers“ infolge der „überaus großen Schwächen der roten Betriebsräte“, wird den roten Betriebsräten aufgegeben,

„den von ihnen begangenen Fehler vor der Belegschaft offen einzugehen, der Belegschaft klar zu sagen, daß sie ihre Pflicht als rote Betriebsräte vernachlässigt haben, als sie den Abschlag der 9%tündigen Arbeitszeit tätigen, ohne vorher die Belegschaft zu befragen. Ihre Selbstkritik und ihr offenes Bekenntnis müssen sie erheben durch die Bekanntgabe der Maßnahmen, die sie jetzt mit der Belegschaft organisieren, um den Fehler auszumergen, die vorgehende Arbeitszeit zurückzubekommen und jede Entlassung zu verhindern.“

Es folgen genaue Anweisungen für den „Kampfausbruch“, der der Direktion ultimativ die Forderungen zu unterbreiten hat, bei deren Ablehnung der Streik zu beschließen ist. Die fortgeschrittensten Quellen müssen als erste ohne Schwankungen in den Streik treten.

Wenn dabei etliche Arbeiter ihren Arbeitstagen verlieren, was kümmert das die RGD. Sie will ihre mihlungene Stellanturteilung bei Aschinger noch einmal probieren.

Das Bezeichnende an dem langen Artikel dieses RGD-Bezirksausschusses ist die Art, wie die SPD-RGD mit den „roten“ Betriebsräten umspringt. Eine eindringliche Mahnung, sowohl bei den Reumablen der Dreierverwaltungen als auch bei den Betriebsrätemahlen keine RGD-Lente zu wählen, die nicht ihren Wählern, sondern der SPD und ihrer RGD verantwortlich sind, unter deren Fuchtel sie stehen.

Beigelegter Konflikt

In den Berliner Mörtelwerken

Der Lohnkonflikt bei den drei Berliner Mörtelfirmen Gebrüder Labbert, Gustav Weidner und Vereingigte Berliner Mörtelwerke A. G. ist durch einen Vergleichsvorschlag beigelegt worden, den der Vorsitzende des Berliner Schlichtungsausschusses, Gewerbetat Körner, in einer Verhandlung am 28. Dezember gemacht hat. Der Vergleich sieht eine Neueinrichtung der Löhne, die die Unternehmer selbstherrlich um 11 Proz. heruntersetzten wollten, bis zum 31. März 1933 vor. Sowohl die Firmenleitungen als auch die Belegschaften der drei Betriebe haben dem Vergleichsvorschlag zugestimmt.

Bei den J.G.-Farben geht es Allerdings nur in der Verwaltung

Im Verwaltungsbetrieb der J.G.-Farbenindustrie A. G. wird ab 1. Januar die Fünftage-Arbeitszeit ohne Gehaltskürzung eingeführt. Der Sonnabend bleibt dienstfrei. An den übrigen Wochentagen wird von 8.30 Uhr bis 17 Uhr gearbeitet. Bisher dauerte die Arbeitszeit in der Woche von 8.30 Uhr bis 16.30 Uhr. Wir möchten hoffen, daß dies nur der erste Schritt ist und daß die Arbeiter auch bald an die Reihe kommen.

Der Reichstaj in der Bankgewerbe ist, wie uns vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten mitgeteilt wird, von keiner der vertragsschließenden Parteien getrübt worden und bleibt somit bis Mitte nächsten Jahres unverändert in Kraft.

Reichsbahn und Arbeitszeit

Wie lange noch Durchkreuzung der Regierungspolitik?

Die Zeit ist reif für einen entscheidenden Schritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dazu gehört auch die Verkürzung der Arbeitszeit. Die ganze Welt sieht mit Spannung der Vorlesung in Genf zur Klärung des Arbeitszeitproblems entgegen. Die Haltung der deutschen Regierung auf dieser Konferenz wäre wahrscheinlich einschlagender ja in Deutschland wäre man in der Arbeitszeitfrage sicherlich schon längst ein gut Stück weiter wenn nicht der größte Unternehmer, die Deutsche Reichsbahnangesellschaft, sich gegenüber allen Argumenten der Gewerkschaften als absolut unbeelehrbar gezeigt hätte.

Der Arbeitszeitkandal bei der Reichsbahn wird immer unerträglicher.

Wohl halten die maßgebenden Stellen des Reichsarbeitsministeriums noch immer nur eine internationale Arbeitszeitverkürzung für einen gangbaren Weg, aber immerhin sehen doch wenigstens auch sie, daß der Weg zur 40-Stunden-Woche beschritten werden muß. Die Reichsbahn aber bleibt bodenfest, obwohl bei ihr schon durch Herabsetzung der unentgeltlich langen Arbeitszeit, die im Betriebsdienst für etwa 360 000 Menschen

immer noch 54 bis 57 Stunden mit Schichtzeiten von 72 bis 93 Stunden

in der Woche beträgt, auf 48 Stunden mit sehr geringen Mehrkosten sofort etwa 30 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden könnten.

Für die Herabsetzung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn haben sich auch zahlreiche Arbeitsgerichtsbehörden ausgesprochen. Sie haben sich zum Teil auf den Standpunkt gestellt, daß die Massenentlassungen nicht durch die Verhältnisse der Reichsbahnangesellschaft bedingt sind und durch Kurzarbeit vermieden werden können. Ein anderer Teil hat in seinen Entscheidungen — so z. B. das Landesarbeitsgericht Darmstadt durch Urteil vom 17. Dezember — zum Ausdruck gebracht, es müsse dafür gesorgt werden, „daß sich auch die Reichsbahn und gerade die Reichsbahn, die als öffentliches Unternehmen sozialpolitisch vorbildlich sein soll, in das auf Entlastung des Arbeitsmarktes gerichtete sozialpolitische Programm einreihen.“

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat jedoch bisher allen noch so wohlgemeinten Ratshlägen und auch der oft sehr scharfen Kritik der Arbeitsgerichtsbehörden wie der Öffentlichkeit zum Trotz an ihrem ablehnenden Standpunkt für festgehalten. Die Reichsbahnangesellschaft sucht ihre Haltung die sich mit sachlichen Gründen nicht rechtfertigen läßt, mit allerhand Scheingrün-

den und absolut unhaltbaren Behauptungen zu rechtfertigen.

Wer die Arbeitslosigkeit in Deutschland ernsthaft bekämpfen will, kann an dem Arbeitszeitkandal bei der Reichsbahn nicht achtlos vorübergehen.

Es wird sich daher bald zeigen müssen, ob der „soziale General“ und sein Kabinett den Mut aufbringen, sich gegen den sachlich unbegründeten Widerstand und die sozial- wie staatspolitisch unerträgliche Halsstarrigkeit der verantwortlichen Stellen der Reichsbahn in der Arbeitszeitfrage durchzusetzen.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Dormmüller steht in der vom Internationalen Arbeitsamt geführten Kampagne für internationale Arbeitsbeschaffung an führender Stelle. Die Frage der internationalen öffentlichen Arbeiten ist gewiß nicht dasselbe wie die Arbeitszeitfrage, aber Arbeitszeitverkürzung ist auch Arbeitsbeschaffung. Jedenfalls macht es einen merkwürdigen Eindruck, wenn ein Unternehmen, an dessen Spitze ein Mann wie Dr. Dormmüller steht, dem man zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Genf ein wichtiges Amt anvertraut hat, nicht eine Spur von Verständnis für die Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erkennen läßt. Auch in Genf ert das Ausland dem Generaldirektor der Reichsbahn sagen, daß das größte Unternehmen der Welt bei der Entlastung des Arbeitsmarktes mit gutem Beispiel voranzugehen hat?

Zehn Forderungen

Kampf der Arbeitslosigkeit

Der Deutsche Musikerverband hat dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zehn Forderungen zur Behebung der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Musikerberuf unterbreitet. Der Verband verlangt in erster Linie ein Verbot jeder nebenberuflichen Musikfähigkeit aller in öffentlichen Diensten stehenden Personen, Anrechnung jedes Musikforderdienstes auf alle aus öffentlichen Kassen bezahlten Pensionen und Wartegelder, durchgreifende Maßnahmen gegen Schwarzarbeit und Doppelverdienerei, scharfe Beschränkung der Arbeitsgenehmigung für ausländische Kavellen in Kaffeehäusern, Hotels und sonstigen Unterhaltungsstätten, Redewang für freie Stellen im Musikerberuf, Gewährung von Beihilfen an solche Städte, die eigene Theater oder Orchester unterhalten mit der Zwangsverpflichtung, durch Neu-

Das schmale Trintgeld

Auch Neujahrgratifikationen kürzt die Krise

Am 1. Januar wird das Neujahrsgeld etwas schmal ausfallen. Bereits in den vorigen Jahren wurde es immer weniger, vor allem durch den Briefträger, dem Hauswart oder der Zeitungsfrau ein Silberstück gab, beschränkte sich auf ein paar Kupfermünzen. So haben es die Schornsteinfeger und die Müllkuttler ohnehin schon aufgegeben, zu Neujahr zu gratulieren und bei den Hauswarten wird sich in einigen Fällen sogar das Arbeitsgericht mit dem Neujahrsgeld zu beschäftigen haben.

Es war einmal

Die größte Einbuße haben wohl die Briefträger erlitten. Es hat in der engeren Berliner City einige Bombenresten gegeben, in denen manchmal an 300 Mark für den Briefträger an Neujahrsgeld zusammenkamen. Es gratulierten in früheren Zeiten Großfirmen, die allein schon dem Postboten 20 Mark gaben. Das war einmal. Bereits im vorigen Jahr kamen die Briefträger kaum noch auf 100 Mark Neujahrsgeld, wenn sie in diesem Jahr 30 Mark erhalten, wollen sie zufrieden sein. Die Briefträger können nämlich so angefahren werden, weil einige Firmen statt des Neujahrsgeldes dem Briefträger etwas zu Weihnachten schenken, z. B. gibt ein Bäcker eine Stolle oder ein Herrenartikelgeschäft gibt eine Krawatte. Diese Geschenke zu Weihnachten sind in der vorigen Woche fast ganz ausgeblieben und so machen sich die Briefträger für Neujahr so gut wie keine Hoffnungen. Neben den Geschäftswirren gab es früher allerdings auch Kaviere mit Privathäusern, wo der Briefträger einen erheblichen Betrag an Neujahrsgeld bekam. Hier dürften es in diesem Krisenjahr nicht einmal mehr 50 Mark werden. „Denn — erzählt ein Briefträger — wir wissen doch am besten, wie es unseren Kunden geht. Wir haben doch die eingeschriebenen Wohnbriefe auszufragen, wir wissen, wer von keinem Amtsgericht einen Zahlungsbefehl bekommt und wie oft passiert es uns, daß die Leute nicht einmal das Strafporto haben, wenn sie einen ungenügend frankierten Brief bekommen. Wie sollen wir da auf Neujahrsgeld rechnen können.“ Man mag hierzu noch berücksichtigen, daß die Kaviere der Briefträger ja durchaus nicht halbe Straßen umfassen, sondern

durchschnittlich 10 bis 15 Häuser. Und aus diesen wenigen Häusern können unmöglich ein paar hundert Mark an Neujahrsgeld herauskommen.

Auch die Zeitungsfrauen winkten ab, sie haben noch ihre Erfahrungen vom vorigen Neujahr. „Na — sagt eine Zeitungsfrau — vor Jahren, als mir noch mit dem Kinderwagen frühmorgens loszogen und etwa 300 Kunden hatten, da kann ich mich erinnern, einmal 100 Mark an Neujahrsgeld erhalten zu haben. Aber das ist doch vorbei. Der Kinderwagen ist in die Ecke gestellt und unsere 100 Zeitungen, die mir noch auszufragen haben, bekommen mir auch in der Tasche weg. Wie vielen Kunden müssen wir dann und wann schon das wöchentliche Zeitungsgeld stunden, da können wir nicht mehr erwarten, daß man der Zeitungsfrau Neujahr eine Mark gibt. Wenn wir durchschnittlich von jedem Kunden 20 Pfennige erhalten, dann würde es zu diesem Neujahr für einen Zwanzigmarschein langen. Mehr aber auch nicht.“ Dann kommt natürlich noch die Gegend hinzu. Es ist ein großer Unterschied, ob eine Zeitungsfrau auf dem Wedding oder in Bilmersdorf ihre Zeitungen austrägt.

Verschwundene Zylinder

Die Schornsteinfeger haben mit Neujahr nichts mehr zu tun. Sie waren vor dem Krieg die lustigsten Gratulanten in Berufskleidung und mit dem Zylinder auf dem Kopf standen sie vor der Wohnungstür. Das hat die preussische Regierung seit 1917 verboten. Denn, erzählt uns der Zentralverband der Schornsteinfeger, es wurde zuviel Unfug und Betrug mit dem Gratulieren der Schornsteinfeger getrieben. Jemand malte sich schwarz an, legte sich einen Zylinderhut auf den Kopf und ging nun tauffieren. Wenn dann nachher der richtige Schornsteinfeger kam, hatte der unter Umständen zu gewärtigen, als Schwindler verhalten zu werden. So verbot man 1917 den Schornsteinfegern das Gratulieren gänzlich. Der Zentralverband sagt dazu, das war letzten Endes richtig. Denn es gab früher genug Fälle, in denen Schornsteinfeger nur für Trintgeld arbeiteten. Dazu noch das Geld für das Fegen der Kochmaschinen, das im einzelnen 25 Pf. Betrag, so daß es schon anging, für Trintgeld statt

Bohn zu arbeiten. Die Organisation der Gesellen kämpfte aber gegen dieses unwürdige Trintgeldsystem an, Bohn sollten die Meister zahlen und die Gesellen nicht mehr zu den Kunden schnorren gehen. So haben denn auch heute die Schornsteinfegergehilfen ihren Festlohn von brutto 55 Mark und Kopfen nicht mehr zu Neujahr an die Wohnungstüren. Das Schöne passierte aber einem Schornsteinfeger 1922. Das Verbot des Gratulierens hatte das preussische Handelsministerium erlassen und obwohl dieses Verbot bereits fünf Jahre in Kraft war, stand der Schornsteinfeger immer noch auf der Liste derjenigen, denen das Handelsministerium ein Neujahrsgeld überreichte. Und so gab man dem Mann einen Zwanzigmarschein. Der Schornsteinfeger sagte zu dieser ministeriellen Aufmerksamkeit nicht nein.

Bei den Portiers — heute Hauswart genannt — war das Neujahrsgeld übrigens schon von jeher eine unstrittige Sache. In den Arbeiterquartieren kennt man es so gut wie gar nicht, zu Neujahr dem Portier Geld zu geben, in manchen Häusern des Westens geben besser gestellte Mieter etwas dem Portier und in den herrschaftlichen Häusern gibt mitunter der Hauswirt einiges dem Portier. Aber hierfür eine Norm aufzustellen, ist völlig unmöglich. Mancher Hauswirt war nobel und gab früher einen Zwanzigmarschein, ein anderer rückte noch keinen Taler heraus. Für zwei seiner Mitglieder hat der Gesamtverband vor dem Arbeitsgericht einen Prozeß wegen Fortzahlung der Neujahrgratifikation anstrengt. Diese beiden Hauswarte hatten in jedem Jahr Neujahrsgeld bekommen, nur diesmal nicht. Die Organisation steht hierzu auf dem Standpunkt, daß es sich um ein gemeinheitsmäßiges Recht handle und deshalb die Klage.

Bei den übrigen Berufen ist es entweder nicht üblich, ein Neujahrsgeld zu geben oder man ist so laue der Zeit gänzlich davon abgekommen, wie z. B. bei den Müllkuttlern. Hier gaben früher die Hauswirte etwas für die pünktliche Abholung des Mülls, eine Silbe, die heute nicht mehr üblich ist. Und schließlich kommt hinzu, daß viele Einwohner von Berlin, die von auswärts zugezogen sind, die Bitte des Neujahrsgeldes gar nicht kennen.

überall standen die Menschen Spalier, um dem neuesten, modernen Verkehrsmittel begeistert zuzuwinken. Die Fahrt, die eine Geschwindigkeit von 150 Kilometer und darüber hinaus erreichte, ging glatt vonstatten. Die durch das Verlegen der Bremsen verursachte Verzögerung konnte im weiteren Verlauf der Fahrt wieder aufgeholt werden, so daß der Zug nur mit 3 Minuten Verzögerung nach einer Fahrzeit von 143 Minuten auf dem Hamburger Hauptbahnhof eintraf, wo der Empfang durch die „Morag“ in einer Rundfunkreportage gekündet wurde.

Der Schnelltriebwagen, der auf der Strecke Berlin-Hamburg jetzt die fünfte Probefahrt gemacht hat, wird vor Einsetzen in den fahrplanmäßigen Verkehr noch weitere Probefahrten unternehmen, da man vor allen Dingen auch unter anderen Witterungsbedingungen fahren muß, um auf alle dadurch hervorgerufenen Zufälligkeiten gefaßt zu sein. So wartet man bei der Reichsbahn auf Schnee und Nebel, um auch unter diesen Umständen den Schnelltriebwagen verkehren zu lassen.

Feuer in einer Brotfabrik

In einer Brotfabrik in der Marziföhe im Norden Berlins brach am Freitag in einem hölzernen Kohlenbunker Feuer aus, das sich schnell ausbreitete und auf den Dachstuhl des Gebäudes übergriff. Die Feuerwehr war mit vier Löschzügen zur Stelle und löschte den Brand in kurzer Zeit. Der Schaden ist erheblich. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht bekannt.

Feuerüberfall in Zehlendorf

In der Nacht zum 27. Dezember wurde, wie berichtet, in Zehlendorf an der Ecke der Berliner und Wirtlichstraße ein mit etwa 46 „Fichte“-Sportlern besetztes Kasko, das nach Braunschweig von einem Teilnehmer in Eberswalde zurückfahren sollte, beschossen, wobei drei Insassen zum Teil schwere Verletzungen erlitten. Die Ermittlungen der Politischen Polizei haben auf die Spur eines Motorradfahrers geführt, der möglicherweise als Täter in Frage kommt. Es ist weiter festgestellt worden, daß der Überfall von einer jungen Dame und einem jungen Herrn beobachtet worden ist, die möglicherweise wichtige Angaben zu dem Fall machen können. Diese Augenzeugen werden gebeten, sich bei Kriminalkommissar Böhler im Polizeipräsidium Zimmer 278, Telefon Berlin 0023, Hausnummer 477, zu

melden. Alle Angaben werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Wegen des Überfalls auf das Naziverkehrsfokal in der Landwehrstraße, der sich in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember abgepielt hatte und bei dem 40 Personen festgenommen worden waren, wurden zehn Personen am gestrigen Freitag dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt. Wegen alle zehn ist Haftbefehl wegen schweren Landfriedensbruchs erlassen worden.

Die gefährdete Brücke

„Schritt“ auf der Stößenseebrücke

An der Stößenseebrücke, die im Zuge der Heerstraße über die seenartige Seitenbuch der Havel hinwegführt, scheinen sich abermals Schäden herausgestellt zu haben. Zur Zeit wird die täglich von Tausenden von Fahrzeugen befahrene Brücke einer genauen Prüfung auf ihre Tragfähigkeit unterzogen. Von amtlicher Seite wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Tragfähigkeit für schwere Lasten nicht mehr ausreicht und aus diesem Grunde ist schon jetzt vorsorglich für alle Fahrzeuge Schrittgeschwindigkeit angeordnet worden. Wie der „Vorwärts“ bereits vor einiger Zeit mitteilte, hatte sich die Brücke auf der „Berliner Seite“ etwas gesenkt, was auf den morastigen Untergrund zurückgeführt wurde, auf dem die Fundamente der Brücke vor Jahren errichtet wurden.

Bitte der Winterhilfe

An die Postscheckkonto-Inhaber

Die Berliner Winterhilfe wendet sich zum Jahreschluss im Übereinstimmung mit dem Reichspostminister an die Inhaber von Postscheckkonten.

In jedem von ihnen geht die schriftliche Bitte, sich damit einverstanden zu erklären, daß von seinem Postscheckkonto für die Monate Januar, Februar und März 1933 je 30 Pf. abgebucht und dem Konto der Berliner Winterhilfe gutgeschrieben werden. Der Postminister hat verfügt, daß die damit verbundene Verwaltungsarbeit des Postscheckamtes Berlin gebührenfrei durchgeführt wird. Dem Schreiben der Berliner Winterhilfe ist eine vorgedruckte Antwortkarte beigelegt, die lediglich vom Inhaber des Postscheckkontos zu unterschreiben ist. Es ist zu hoffen, daß diese neue gute Idee der Berliner Winterhilfe ebenso erfolgreich sein wird, wie die bisherigen Sammelmahnahmen.

Halb und Halb

Brennspiritus mit Wasser

Wer genügend Kapital hat, kauft sich einen Flib, zuweilen auch mehrere. Erne erwerbslose Teufel können weder das eine noch das andere. Den Jungen muß geholfen werden, dachte sich eine Seifenhändlerin in Berlin-Charlottenburg, die nebenher viel Brennspiritus verkauft und dabei auffälligerweise immer um Wasser gebeten wurde.

Für jeden Kunden, der einen Rundoolvergätker Monopolspirit braucht, um sich in der Misere etwas künstlich hochzupumpen, stand fürderhin gratis die Wasseranneberei. Nicht gerade Rampe halb und halb — jedenfalls wurde es warm im Wagen. Still und froh schliefen die armen Schlucker aus ihrer feudalen Bar — — — bis, ja bis der immerwährende Staat ein fürchterliches Attentat auf seine geheiligten Schnapsmonopolrechte und die schwerste Diffamierung des Lebensmittelgesetzes wittert. Man jagt die wenig kesse, aber menschlich um so wärmherzigere Barmoid durch zweien hochgelachte Instanzen Berliner Richter wissen, wie das Großstadtleid ausbleibt — und was ein ordentlicher Schnaps kostet. Sie sprechen frei, denn Brennspiritus gelte gemeinhin nicht als Genussmittel.

Im Reichsgericht sagt man zwar „Wohl bekomms!“, hebt aber trotzdem das freispredende Berliner Urteil auf. Die Barkeperin wird sicherlich wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz verdonnert werden. Denn „Stoffe, die nicht schon von vornherein Lebensmittel sind, können dadurch zu solchen werden, daß jemand, der die tatsächliche Möglichkeit hat, über ihre künftige Verwendung zu verfügen, die Absicht hat, sie dem menschlichen Genuss zuzuführen und diese Absicht irgendwie nach außen hervortreten läßt“.

Noch Winterreise mit Weihnachtsgeldkarte. Die billige Weihnachtsgeldkarte kann auch jetzt noch zu einer kurzen Winterreise benutzt werden. Ihre Geltungsdauer läuft noch bis zum 10. Januar. Die Hin- und Rückfahrt muß spätestens am 1. Januar 24 Uhr beendet sein, und zur Rückfahrt gilt die Karte an jedem Tage bis zum 10. Januar. Am 10. Januar muß auch die Rückfahrt bis 24 Uhr beendet sein.

Im Blitzzug nach Hamburg

Höchstgeschwindigkeit 165 Stundenkilometer — Der schnellste Zug der Welt

Nach mehreren Probefahrten fand gestern eine Pressefahrt nach Hamburg mit dem neuen Schnelltriebwagen statt. Der Blitzzug fuhr fahrplanmäßig um 15.05 Uhr wieder in Hamburg ab. Er traf pünktlich 17.35 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof ein. Der Zug hat die 286 Kilometer lange Strecke Hamburg-Berlin in 2 Stunden 30 Minuten zurückgelegt und seine Fahrzeit vom Vortage, an dem er eine Anzahl von Vertretern der Behörden beförderte, um fünf Minuten unterboten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 130 Kilometer. Auf freier Strecke wurde eine Stundenhöchstgeschwindigkeit von 165 Kilometer entwickelt. Der Schnelltriebwagen ist 28 Proz. schneller gefahren als der übliche D-Zug, der eine Stundendurchschnittsgeschwindigkeit von 97 Kilometer zu verzeichnen hat. Der Zug hat so neu bewiesen, daß er zur Zeit der schnellste Eisenbahnzug der Welt ist.

Der Schnelltriebwagen erlitt bei der Pressefahrt eine unvorhergesehene Fahrunterbrechung in der Nähe von Grabow in Mecklenburg, nahe des Kilometersteins 160,3, infolge eines plötzlichen Verlagens der automatischen Bremsen, die sich selbsttätig auslöste und den Zug auf freier Strecke zum Halten zwang, so daß ein unvorhergesehener Aufenthalt von 6—8 Minuten entstand.

Der unvorhergesehene Schaden zeigt, daß die Sicherheitsvorrichtungen des Wagens gut funktionieren. Dabei wirkte die Bremse so sanft wie beim normalen Gehen eines Zuges. Es fährt sich auch bei Höchstgeschwindigkeiten des Triebwagens nicht anders als im FD-Zug. Für die kaum hörbaren Schläge, wenn die Schienenröhre überfahren werden, folgen schneller. Bei rund 40 Metern Sekunden geschwindigkeit kommen fast drei solcher Schläge auf die Sekunde und man gewöhnt sich so schnell daran, daß man ein vorübergehendes Herabgleiten der Geschwindigkeit sofort bemerkt. Ein selbsttätiges Bremsen des Zuges tritt ein, wenn der Wagenführer plötzlich irgendeinen Bremsen ausläßt sowie beim Ueberfahren eines Haltsignals. Zu diesem Zweck ist der Schnelltriebwagen mit einer selbsttätigen, induktiv

wirkenden Zugbeeinflussung ausgerüstet, durch die die Bremsen ausgelöst und die Dieselmotoren stillgelegt werden.

Bei der Fahrt erzeugte der Schnelltriebwagen überall auf den von ihm durchfahrenen Stationen und auf freier Strecke sehr großes Aufsehen, und

Erste Winterfreuden



Das Frostwetter der letzten Tage hat nun doch die Seen und Gewässer auch in der Umgebung Berlins mit Eis bedeckt. Die Berliner Jugend stürzt sich selbstverständlich sofort auf die willkommene Winterfreude. Wo es sich um kleine stehende und nicht tiefe Gewässer handelt, wie auf unserem Bilde der malerische Dorfteich in Berlin-Buckow, da mag es noch angehen, wenn die Gefahr des Eisbrechens nichts weiter als höchstens ein paar nasse Füße bringt. Zur größten Vorsicht aber ist zu rufen, daß die Jugend nicht leichtfertig die dünne Eisdicke unserer Berliner Seen und Flußläufe betritt, ehe die Polizei diese Eisflächen freigegeben hat. Es wäre bedauerlich, wenn sich Unglücksfälle, wie sie von besonderer Schwere bereits aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet wurden, in Berlin wiederholen.

Der Weisheit letzter Schluß: Gefängnis!

Junge Menschen in Not — So werden sie zu „Verbrechern“

Die Amnestie hat für die „Verbrecher“ aus wirtschaftlicher Not die Gefängnistore geöffnet. Das Leben geht seinen unerbittlichen Gang weiter, das wirtschaftliche Elend fordert immer neue Opfer, die Gefängnistore schließen sich wieder hinter den Menschen in Not.

Ein junger Mensch steht vor Gericht. Seine Eltern sind geschieden, die Mutter ist tot, Hans, ein feigstiebriger, zarter Junge, schlägt sich recht und schlecht durchs Leben. Er geht zur See, hat mehrmals Glück, dann aber findet er keine Arbeit mehr. Er ist erwerbslos, klappert als Tüppelbruder die Landstraße ab, sie führt den jetzt 21-jährigen nach Berlin; er übernachtet in der Talmu und lernt hier den Karl kennen, wie er 21 Jahre alt. Das gleiche Schicksal verbindet sie schnell. Auch Karls Eltern sind geschieden, auch seine Mutter ist tot, einst war er in Fürsorge, später hatte er gearbeitet, dann wieder nicht, jetzt ist er obdachlos. Weber Hans noch Karl haben sich je an fremdem Eigentum vergriffen, beide sind unbestraft. Sie lebten sich in Berlin durch, so können sie sich wenigstens einigermassen satt essen. Am 16. Dezember haben sie Besch. Mit dem Sattessen ist diesmal nichts. Der Magen knurrt, er

bringt die Burtschen auf dumme Gedanken. Wie wäre es mit einer Handtasche, meint der eine. Du bist wohl doof, erwidert der andere. Wollen wir es nicht doch versuchen, kommt es nach einer Weile zögernd aus dem Munde des Ersteren.

Und sie versuchen es. Die Neue Königstraße ist spät abends wenig belebt. Eine einzelne Frau kommt des Weges. Die beiden Burtschen hinter ihr her. Mit Bligeschnelle greift einer nach der Handtasche, die Frau dreht sich um, schreit um Hilfe, die Burtschen laufen davon, sie werden verfolgt und gefaßt.

Bescheiden, unerfahren, niedergedrückt, stehen sie vor dem Schnellhoffengericht. Raub — befaßt die Anklage. Wegen Diebstahls — sie hatten ja der Frau nichts getan — beantragt der Staatsanwalt je ein Jahr Gefängnis. Sie erhalten je 6 Monate Gefängnis; nach Verbüßung von 3 Monaten soll ihnen für den Rest Bewährungsfrist zugesprochen werden. Deshalb denn nicht Bewährungsfrist für die ganze Strafe? Man soll doch nicht unbestraft und im Grunde noch unverdorrene Burtschen für kurze Zeit ins Gefängnis stecken! Die Gefahr des Verderbs durch das Gefängnis ist in solch einem Falle größer als der mögliche Nutzen.

Diesmal sind es vier Burtschen im Alter von

24 bis 31 Jahren. Alles ungelernete Arbeiter. Aus Gassenkirchen, Battenstraße, Stendal und Köln. Nur der Kölner ist wegen Eigentumsdelikten mehrfach vorbestraft. Alle vier kamen nach Berlin, um hier Arbeit zu suchen, zwei von ihnen erst vor sieben Wochen. Sie wohnen in derselben Gegend, trafen sich in der Kneipe, besprachen ihre elende Lage. Die Erwerbslosenunterstützung reichte wie immer kaum für das allernotwendigste, die heranwachsenden Feiertage waren eine große Verlockung. Erinnerungen fliegen auf an bessere Weihnachten.

Gibt es nicht genug schöne Sachen in den Schaufenstern der Lebensmittelmärkte? Und so begaben sie sich zu einer Filiale von Thürmann. Ein Schlag gegen das Schaufenster; Wurst, Schinken, mehrere Flaschen Kognak wandern in die Aktentaschen, man bestiehlt die Elektrische im Vorgelächel der ungewohnten Genüsse. Es sollte nicht dazu kommen. Der Schaffner bemerkte an der Hand des einen Blut, er schloß die Tür, alarmierte die Polizei, der Schinken, die Wurst und der Kognak waren Zeugnis genug gegen die Vier. Das Schnellhoffengericht verurteilte den Kölner zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis, einen von den dreien zu 3, die übrigen zwei zu je 4 Monaten Gefängnis. Wäre nicht für die völlig Unvorbestraften eine Bewährungsfrist am Plage gewesen?

In wenig Worten

Bei der Kriminalpolizei in Weimar erschien der 37 Jahre alte arbeitslose Stellmacher Artur Heinicke und beschuldigte sich selbst der Tötung seiner 23 Jahre alten Ehefrau und seiner 15-jährigen Schwiegermutter. Er gab an, die beiden Frauen mit einem schweren Handhammer in ihrer Wohnung niedergeschlagen zu haben. In der Wohnung wurden die beiden Frauen blutüberströmt mit schweren Schädelverletzungen, aber lebend angetroffen. Der Täter, der erst seit vier Monaten verheiratet ist, lebte mit seiner Frau und seiner Schwiegermutter in Unfrieden.

Erst vor kurzem erreichte die Torsche Kuffen, daß sich der Kommandant der Warschauer städtischen Feuerwehr, Profopp, an der hiesigen Universität durch eine Dissertation den Doktorhut erworben hat. Nun ist die zweite Unerrschung erfolgt. Profopp wurde wegen finanzieller Schiebungen in Anklagezustand versetzt.

Ein norwegischer Seemann namens Alons Hansen verließ im August dieses Jahres in einem 36 Fuß langen Segelboot Oslo, um in Ausführung einer Route am Weihnachtsabend Miami an der Küste von Florida zu erreichen. Er ist pünktlich auf Tag und Stunde in Miami eingetroffen. Seine „Begleitung“ bestand aus einem Hund und einer Kage, die die Überquerung des Atlantik sehr gut überstanden haben.

Das Dorf Tomatlan in der mexikanischen Provinz Jalisco wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am 19. November durch ein verheerendes Erdbeben zerstört. 27 Personen wurden getötet und 50 verwundet.

Durch einen Kammerjäger, der in einer Wohnung des Hauses Sandauer Straße 9 in Rümersdorf Wanzow durch Schwefeldämpfe vernichten wollte, wurden zwei Frauen in ernste Gefahr gebracht. Die Dämpfe nahmen ihren Weg in die darüberliegende Wohnung und betäubten die Wohnungsinhaberin und deren Hausangestellte. Durch die alarmierte Feuerwehr wurden die Verunglückten ins Leben zurückgerufen.

Die Patienten des Rudolf-Virchow-Krankenhauses hatten am Weihnachtsfesttag auch eine besondere Freude. Der Bandonion-Musikverein „Andante 1930“ veranstaltete mit seinem über 30 Mann starken Orchester unter der Stabführung des Dirigenten Walter Fischer im Krankenhaus ein aus hohem künstlerischem Niveau stehendes Konzert.

Um die Gemeindehilfe Kommunalpolitische Forderungen

In dem neuesten Heft der Halbwahnschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land „Die Gemeinde“, die im Diez-Verlag erscheint, wird eine für jeden Kommunalpolitiker wertvolle Zusammenfassung der kommunalpolitischen Forderungen der Partei gegeben. In dem letzten Artikel „Die Sozialdemokratie fordert Gemeindehilfe“ legt Alfred Braunschweig-Berlin nach einer Kennzeichnung der Lage der Gemeinden den Arbeitsbeschäftigungsantrag der Partei auseinander, der die Bereitstellung von einer Milliarde Mark durch das Reich vorsieht. Der Verfasser kommt zum Schluß seiner Arbeit noch besonders auf den Antrag der sozialdemokratischen Reichs-

tagsfraktion zu sprechen, der die Erleichterung der Reibenschwierigkeiten der Gemeinden zum Ziele hat. Für eine Mietenkämpfung setzt sich in einem Artikel Erich Rinner ein, und die Abänderungen der Bürgersteuer werden in einem Aufsatz von Bruno Neumann behandelt.

Gemeinsamer Flammentod Ehepaar im Bett verbrannt

Memel, 30. Dezember.

In der Nacht zum ersten Feiertag ereignete sich hier, wie erst jetzt bekannt wird, ein furchtbares Unglück. Das Ehepaar Barkowsky ist in seinem Schlafzimmer verbrannt. Die Eheleute hatten wohl nachts beim Schlafengehen im Bett geraucht. Dabei muß die Zigarette Feuer gefangen haben. Als die Feuerwehr erschien, schlugen die Flammen bereits aus den Fenstern heraus. Beim Eindringen in die Wohnung fand man das Ehepaar von den Flammen bis zur Unkenntlichkeit verkümmert vor. Das Feuer konnte bald gelöscht werden.

Stuttgart, 30. Dezember.

In Bih im Oberamt Balingen brannten am Heiligen Abend drei Bohnhäuser und zwei Scheunen nieder. Das Feuer gefährdete zeitweise die ganze weitere Umgebung. Fünf Familien sind obdachlos geworden. Der Schaden ist sehr erheblich.

Die Handels- und höhere Handelsschule Steglitz, das Bezirksjugendamt und der Ortsausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege veranstalten für erwerbslose kaufmännische Angestellte Fortbildungskurse zur Erhaltung und Vertiefung der beruflichen Kenntnisse. Teilnehmen können erwerbslose männliche und weibliche Angestellte im Alter bis zu 25 Jahren, soweit sie bei einem Arbeitsamt gemeldet sind. Die Teilnahme ist unentgeltlich; die Vermittelnde sind ebenfalls frei.

Sensationelle Mordauflösung

Die Aufzeichnungen des Täters

In der Mariannenstraße verübte gestern, wie berichtet, auf offener Straße der 30 Jahre alte Arbeiter Eugen Pieper Selbstmord durch Erschießen, um seiner polizeilichen Festnahme zu entgehen. P. sollte wegen eines Einbruchdiebstahls festgenommen werden. Bei der Verfolgung durch einen Schupwachmeister und mehrere Passanten feuerte P. mehrere Schüsse auf seine Verfolger ab und tötete sich unmittelbar darauf selbst durch einen Kopfschuß.

Von der Kriminalpolizei wurde in den gestrigen Nachmittagsstunden die Wohnung Piepers durchsucht. Dabei machten die Beamten eine sensationelle Feststellung. Es wurden Aufzeichnungen Piepers vorgefunden, aus denen hervorgeht, daß er an dem Mord an dem Chauffeur Sarnowski, der am 9. Oktober bei einer Fahrt bei Grünberg in Schlesien erschossen wurde, in herporragendem Maße beteiligt war. Der ermordete Chauffeur wurde in den späten Abendstunden in Reusalz a. d. Ober von zwei Unbekannten zu einer Fahrt nach Grünberg in Schlesien gemietet. Untermwegs wurde der Kraftwagenführer, ein Webersohn aus Reusalz, hinterrücks erschossen und ausgeraubt. Die Staatsanwaltschaft setzte damals 1000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Täter aus, das Verbrechen blieb zunächst aber ungeklärt.

Und wieder Brüder Gäß Die beiden großen Schweiger

Im Hause Trebbiner Str. 11 bemerkten Hausbewohner in der Nacht zum Freitag verdächtige Gestalten. Sie riefen das Leberfallkommendo, und nach längerer Jagd gelang es, zwei jüngere Männer festzunehmen, die jede Angabe über ihre Personalien verweigerten. Beide wurden dann im Laufe des Nachmittags dem Polizeipräsidenten eingeliefert, dem Erkennungsdienst vorgeführt und als die Brüder Gäß entlarvt. Es waren wieder einmal Erich und Franz Gäß. Sie befolgen ihre alte Taktik und Schweigen.

Man darf gespannt darauf sein, was die beiden Brüder wieder für Ausreden gebrauchen werden. Nach den Feststellungen am Latzki und nach ihrem ganzen Scherzen sind sie des verlustigen Einbruchs überführt. Vor Gericht erklärten beide stets, daß sie als völlig harmlose junge Leute anzusehen seien. Sie bezweifelten mit einem Auto ein kleines Unternehmen. Hin und wieder machten sie Fahrten und ernährten sich damit recht und schlecht. Die „Fuhre“ nach der Trebbiner Straße allerdings ist mißglückt.

Lehrgänge für Erwerbslose

Das Jugendamt Schöneberg ladet zur Teilnahme an folgenden Kursen ein: I. Lehrgang für Schneider. Ort des Lehrgangs: Jugendheim, Hauptstraße 15/16 (Gartenhaus), Beginn: 9. Januar. Dauer: 8 Wochen (16 Wochenstunden an 4 Tagen). Lehrstoff: Ausbessern und ändern eigener Kleidung, Anfertigen von neuer Kleidung (Stoffkauf, Zuschneiden, Schnittmuster, Maschinennähen, Bügeln, Materialkunde, Kalibulation). Täglich wird ein warmes Mittagessen verabreicht. Kleidungen sind sofort an die Geschäftsstelle für Jugendpflege, Berlin-Schöneberg, Rathaus, Rudolph-Wilhe-Platz, Zimmer 41/42, zu richten. II. Lehrgang für Hauswirtschaft: Ort des Lehrgangs: Pestalozzi-

Fröbelhaus in Schöneberg. Beginn: 16. Januar. Dauer: 17 Wochenstunden an 5 Tagen, insgesamt 6 Wochen (dreimal vormittags und zweimal nachmittags). Lehrstoff: Kochunterricht, Schneidern, Reparaturen im Haushalt, Anfertigung von nützlichen Gegenständen, Bau- und Turnspiele, Gymnastik, praktische Gesundheitslehre und Kinderpflege, Lebenskunde. Täglich wird ein warmes Mittag- oder Abendessen gewährt. Meldung wie bei Lehrgang I.

Für Junglinge werden folgende Kurse eingerichtet: I. Holzbearbeitung (Gelehrte und Ungelernte). Beginn 3. Januar. II. Ausbildung zum Bürokaufmann und Baker Beginn 10. Januar. III. Kaufmännische Fortbildung (Junglinge und Mädchen, nur Fortgeschrittene). Beginn: 10. Januar.

Der Jüngling ohne Anzug

Da kommt ein Neunzehnjähriger, nett und sauber gekleidet, und fragt mit verzweifelnder Gebärde: „Können Sie mir nicht zu einem Anzug verhelfen?“ „Ranu, Sie sind doch ordentlich gekleidet“ erwidert man ihm erstaunt. „Ja, wenn das Zeug bloß mir gehörte“, meint er. Und nun erzählt er in kurzen Worten seine lange Leidensgeschichte.

Im Mai hatte er sich in Prag, seiner Heimatstadt, auf die Bahn gesetzt, weil es in der Heimat seit Jahr und Tag keine Arbeit, also auch kein Essen gab. Er hat kein Zuhause mehr; der Vater ist im Krieg gefallen, die Mutter ist ebenfalls tot. So wollte er es im fremden Land versuchen. Die Gelder reichten aber bloß für eine Bahnfahrkarte und mit dieser ausgerüstet, bezog er seinen Sitzplatz — auf der Achse! Dreiviertel gerädert und von Kopf bis Fuß mit Kuh geschwärtzt, kam er in Berlin an, wo er als höchst unwillkommener Passagier der öffentlichen Bequemlichkeit direkt in die Arme fiel. Sieben Monate Gefängnis gab es für Bahnvergehen.

Als der junge Mensch seine Strafe hinter sich hatte und nach der Heimat abgehoben werden sollte, da bat er so flehentlich und stellte sein Elend so ergreifend dar, daß man ihn — auf jederzeitigen Widerruf — hier bleiben ließ. Nun hieß es: Wohin? Da fand sich ein netter Kamrad, der meinte: „Komm man zu uns nach Hause, vielleicht kannst du ein bißchen Vater helfen und kriegt dafür was zu essen!“ Glücklich schob er mit, die fremde Mutter gab ihm Essen, der Vater Arbeit und der Sohn pumpte ihm einen Anzug. Ein Dach über dem Kopf und was Warmes im Magen, Herrgott, ist das sein! Aber jetzt muß der Junge seine Kleider wiederhaben. „Mensch, nun guck mal, daß du wo ne Kunst erwischt“, fordert ihn der abemüdete Spender auf. „Ja, das ist leichter gesagt als getan. Auf dem Bohlfahrtsamt hat er, als Ortsfremder, nichts zu suchen, kennen tut er keine Menschenseele in der fremden Stadt, wer sollte ihm also zu Kleidern verhelfen? „Ich will ja gern zurückzahlen, wenn ich was verdiene“, meint er treuerzig, „mein Meister wird mir ja später vielleicht doch auch ein bißchen Geld geben können. Vorläufig bin ich ja glücklich und zufrieden, daß er mich überhaupt aufgenommen hat.“

Flugverkehr nach Südamerika

Die Deutsche Luft Hansa beabsichtigt durch die Verankerung des zum Flugstützpunkt umgebauten Dampfers „Westfalen“ verkehrsmäßig die Einrichtung eines Flugverkehrs zwischen Europa und Südamerika. Die „Westfalen“ soll etwa auf halbem Wege im Atlantischen Ozean stationiert werden. Die Luft Hansa wird die bei Tiefseeunternehmungen des Marineoermessungsschiffes „Meteor“ gemachten Erfahrungen vermerken. Auch bei 5000 Meter Tiefe und bei Windstärke 5 und 6 genügt für den „Meteor“ zwei kleine Anker von je 100 Kilogramm Gewicht. Für eine derartige Verankerung waren 6000 Meter Trosse nötig, weil etwa 1000 Meter Trosse auf dem Meeresboden lagen und durch ihre Reibung am Grunde die Unbeweglichkeit des Schiffes herbeiführten. Im ganzen war das Ankerfeld des „Meteors“ bei einem Gewicht von über 5 Tonnen 7500 Meter lang. Es lassen sich ohne weiteres auch noch stärkere Stahltrassen herstellen.

Die neueste Nummer der „JKZ“, der illustrierten republikanischen Zeitung, bringt interessantes Material zu der Frage der Selbsthilfeorganisationen der Erwerbslosen durch eine Sonderseite: „Wir helfen uns selbst!“ Die wertvolle Artikelserie „Wie wieder Hohenzollern“ wird fortgesetzt. Eine lustige Bilderreihe ist der Silbersternnacht gewidmet. Hochaktuelle Bilder und Beiträge vervollständigen die umfangreiche Nummer. Die „JKZ“, die im Diez-Verlag erscheint, ist überall für 20 Pf. zu haben.

Trauerfeier für Eduard Bernsteins. Anlässlich des Hinscheidens Eduard Bernsteins, der dem sozialistischen Humanismus und dem Werk der polenistischen Arbeiterpartei seine warmste Sympathie entgegenbrachte und die untrügliche Unterstützung zuteil werden ließ, veranstaltet die Sozialistische Vereinigung Proleten Kampf Komitee eine Trauerfeier, die am Mittwoch, dem 4. Januar, 20 1/2 Uhr im Vortragssaal des Synagogen-Sanatoriums 79 80 stattfinden wird. Ansprachen halten Alfred Berger und Fritz Raphael.

Beamte in Lebensgefahr

Zur Frage der Ueberfälle auf
Geldbriefträger

Es ist bekannt, daß die Verbrecher sich im allgemeinen nicht durch große Erfindungsgabe auszeichnen. Gewöhnlich arbeitet einer mit einem bestimmten Trick, den er un verändert in unzähligen Fällen zur Anwendung bringt. Ebenso gibt es auch gattungsmäßige Verbrechertricks, die nicht einmal der einzelne sich auszudenken braucht, sondern die ohne weiteres immer wieder übernommen und weiter versucht werden. Manchmal kommt es allerdings vor, daß den bekannten Verbrechertypen wirksame Abwehrmaßnahmen entgegengelegt werden. Das geschieht überall dort, wo große Geldwerte auf dem Spiele stehen, z. B. im Kampf mit den Bankeinbrechern, die manchmal noch eine gewisse Eigenartigkeit im Ausdenken von neuen Mitteln auf ihren Plünderungszügen bekunden. Hier fehlt es nicht an den wirksamen Gegenmitteln, die natürlich nicht immer, aber doch in der Regel sich als wirksam erweisen.

Ein Fall, der sich immer wiederholt, ist der der Raub an Fälle und Mordversuche auf Geldbriefträger. Hier wird fast immer derselbe Trick verwendet: Der Raublustige mietet sich irgendwo, am besten an einem etwas entlegenen, wenig bewohnten Orte ein und zahlt für sich selber einen Betrag ein, den der Geldbriefträger in die Wohnung bringen muß. Dabei wird er dann überfallen, etwa mit einem schweren Gegenstand niedergeschlagen, von hinten erdroffelt, auch einmal niedergeschossen und dergleichen. Das pflegt sich so gleichartig zu vollziehen, daß man als einfacher Zeitungsieler kaum mehr imstande ist, die einzelnen Fälle voneinander zu trennen.

Gibt es da wirklich kein wirksames Abwehrmittel? Müssen diese Menschenopfer an pflichtgetreuen Beamten sich immer weiter, ohne jede Abhilfe vollziehen? In Bayern war früher der Geldbriefträger, der das Geld ins Haus brachte, unbekannt. Der gewöhnliche Briefträger brachte die Anweisung und der Empfangsberechtigte holte sich dann gegen Ausweis sein Geld auf der Post ab. Unbequem, aber durchaus sicher, wenigstens für die Beamten. Will man der Bequemlichkeit und der Zeit der Empfänger zuliebe nicht so weit gehen, bleibt noch die Möglichkeit, statt einem Beamten deren zwei gehen zu lassen. Dann wird der Verbrecher sich hüten, da er gegen zwei Mann einen schweren Stand, auch immer einen Zeugen seiner Tat zu gewärtigen hat. Natürlich kostet die Stellung eines zweiten Beamten Geld. Aber das muß für den Zweck des Lebensschutzes, der zu den selbstverständlichen Pflichten eines Reichsbetriebers gehört, vorhanden sein.

Noch sicherer wird es sein, wenn der oder die Beamten von einem Polizeihund begleitet werden. Schließlich könnte man auch, falls man aus irgendwelchen Gründen sich nicht zur Einführung des zweiten Bestellmanns entschließen kann, zunächst wenigstens einmal den Hund begeben. Es würde sich ja dann zeigen, wie weit schon dadurch den Verbrechern begegnet würde.

Jedenfalls hat man sich gegenüber diesen Schandtaten gegen pflichttreue Beamte, meist Familienväter, viel zu lange untätig verhalten. Es ist höchste Zeit, daß Abhilfe geschaffen wird.
S. K.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Meist heiter, südliche Winde, Tages-temperaturen um Null, nachts mäßiger Frost. — In Deutschland: In West- und Mitteldeutschland Eintrübung, im Nordwesten Regenfälle, sonst wenig Veränderung.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Dentisten hielt eine stark besuchte Versammlung ab, in der Genosse Dr. Julius Roes über „Falschismus und Sozialversicherung“ sprach. Die Versammlung faßte den einstimmigen Beschluß, den Reichsverband Deutscher Dentisten zu ersuchen, mit allem Nachdruck zu fordern, daß bei der Beratung der jetzt im Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung gelangenden Fragen über die Regelung der Beziehungen der Krankentassen zu den Zahnbehandlern die Rechte des Dentistenstandes gewahrt werden. Um die in Aussicht genommene Bildung von Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Dentisten in allen größeren Städten tatkräftig durchzuführen, werden alle in der Sozialdemokratie organisierten Dentisten gebeten, ihre Anschrift dem ersten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Dentisten Genossen Bernhard Buchholz, Berlin-Kummelsburg, Ruppeldstr. 6 I, baldmöglichst mitzutellen.

Der Wintergarten überrascht im Januar mit einem ungewöhnlichen Programm. Außer im In- und Ausland bestens bekannten Star-Nummern bringt er allein fünf in Berlin noch nicht gezeigte Neuheiten. An der Spitze dieser Neuheiten marschieren Mario Guido mit seinen 20 konzertierenden Wienerinnen, die das neue Jahr schwungvoll und frohsinnig mit einer Flut raffiger Melodien einleiten.

Die Firma Leppich-Busch, Deutschlands größtes Spezialhaus für Leppich, Gipsböden und Marmorarbeiten, Berlin C. 2, Spandauer Str. 12, wünscht allen ihren vielen treuen Kunden Glück zum neuen Jahr. Mit dem neuen Jahr beginnt bei der Firma Leppich-Busch der berühmte Ankerkauf, der von vielen tausenden Berlinern erwartet wird und der in diesem Jahr wie in jedem der vergangenen Jahre außergewöhnliche Angebote bringt. Es ist kaum zu beschreiben, welche Mengen in diesem größten Spezialhaus aufgestapelt liegen und es genügt uns Wunderhüte zu denken, daß diese Mengen von Qualitätswaren in den wenigen Tagen, die der Ankerkauf dauert, veräußert werden sollen. Die jahreslange werbende Arbeit, der auf strengster Redlichkeit, die Pflege von Qualitätswaren brachte Jahr um Jahr, hat die Firma Leppich-Busch den größten Erfolg.

Meinen Freunden ein herzliches
Prosit Neujahr 1933!



Das System Breitner in Wien

Wie eine sozialistische Stadtverwaltung in der Krise wirtschaftet

A. L. Wien, Ende Dezember 1932.

Es hat manchen Sozialisten des Auslandes sicher mit einiger Bestürzung erfüllt, als er vor kurzem vernahm, Hugo Breitner, der zum Symbol gewordene Finanzreferent des roten Wien, lege sein Amt nieder. Die Wiener Genossen aber, so sehr sie auch diese Nachricht berührte, wußten, daß der Sechzigjährige sich seit dreizehn Jahren keinen Urlaub gegönnt, daß er täglich alle die Jahre vom frühen Morgen bis spät in die Nacht gearbeitet hatte. Sie wußten auch noch etwas anderes: nicht nur, daß Genosse Danneberg der denkbar würdigste Nachfolger Hugo Breitners sei, sondern daß das „System Breitner“ bei aller Schöpferkraft dieses Mannes nicht bloß eine individuelle Leistung, sondern die

Beförderung der kommunalpolitischen Ideen der Wiener Sozialdemokratie sei.

Hätte es noch eines Beweises dafür bedurft — der Vorschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1933 liefert ihn eindeutig. Mit Enttäuschung stellte in der Budgetdebatte der Christlichsozialer Kunisch fest, „daß sich im Finanzreferat nur ein Personenwechsel und kein Systemwechsel vollzogen hat“.

Freilich konnte die zermürbende Wirtschaftskrise auch am Wiener Gemeindehaushalt nicht spurlos vorübergehen. Noch bis 1931 konnte die Gemeinde von Stellenbeständen zehren, die Breitner in besseren Jahren trotz allen Gejeters der Bourgeoisie in weiser Vorurteilslosigkeit angestammelt hatte. Als aber die österreichische Dauerkrise durch den Zusammenbruch der internationalen Wirtschaft ins Ungemessene verschärft wurde, als beim Finanzvergleich von 1931 der bürgerliche Staat der verhassten roten Stadt nahm, was er konnte, mußten die Reserven allmählich aufgezehrt werden.

Der Vorschlag für 1933 kann also mit keinen Zuschüssen mehr aus früheren Rücklagen rechnen, er muß vollkommen ausgeglichen sein; und gerade unter dieser Voraussetzung zeigt sich erst der volle Wert der von Breitner begründeten Finanzpolitik.

Obgleich die Einnahmen infolge der Wirtschaftskrise und des neuen Finanzvergleichs nur noch mit 382 Millionen Schilling angelegt sind,

hält die Stadt Wien auch im kommenden Jahr ihre sozialen Leistungen unvermindert aufrecht.

21 Millionen, somit gegen 30 Proz. des ganzen Budgets, sind Wohlfahrtszwecken im engeren Sinne gewidmet, denn eine sozialistische Verwaltung muß gerade in der schwersten Krise darauf bedacht sein, die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems so weit nur möglich zu lindern; daher ist zumindest die relative Bedeutung der Sozialausgaben ständig gestiegen. Gibt es doch heute in Wien 25000 Kinder, die von ihren Eltern nicht mehr erhalten werden können! Daß die Stadt Wien bemüht ist, auch in der Wirtschaftskrise den sozialen Fortschritt nicht ganz stillstehen zu lassen, zeigt ihre Absicht, im kommenden Jahr zu den bestehenden 23 Kinderfreibädern (die 1932 von 1268000 Kindern besucht waren) noch ein vierundzwanzigstes hinzuzubauen.

Wußten gerade infolge der Massenarbeitslosigkeit die sozialen Leistungen unvermindert erhalten bleiben, so ist dies bei der

kommunalen Wohnbautätigkeit

nicht in gleicher Weise möglich, obgleich der Wohnungsmangel immer noch sehr fühlbar ist und die private Bautätigkeit fast völlig ruht. Wurden nach 1931 etwa 90 Millionen Schilling für Wohnbauzwecke ausgegeben, so werden es 1933 nur 55 Millionen Schilling sein können, von denen über 40 Millionen Schilling für Neubauten bestimmt sind; dieser Betrag wird durch die sozial gestaffelte Wohnbausteuer (Mietzinsschlag) aufgebracht und reicht bei sparsamer Bauführung immerhin für 4000 neue Wohnungen.

Was die städtische Wohnbautätigkeit vom Gesichtspunkt produktiver Arbeitsbeschaffung bedeutet, liegt auf der Hand. So furchtbar die Arbeitslosigkeit in Wien ist — die Folgen der Weltkrise und der unfähigen bürgerlichen Staatspolitik kann keine Stadtverwaltung gumachen —, so ist es doch gelungen,

das Ansteigen der Arbeitslosigkeit gegenüber den anderen Teilen Österreichs auf einen Bruchteil zu beschränken.

Insgesamt werden in Wien im Jahre 1933 etwa 47 Millionen für Investitionen aller Art ausgegeben; dazu kommen mehr als 60 Millionen für Erhaltung von Gebäuden, Kanälen, Wasserleitungen, außerdem 21 Millionen wertvermehrende Anlagen der städtischen Unternehmungen (Gaswerk, Elektrizitätswerk, Straßenbahn). Welche bürgerlich verwaltete Stadt kann in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit noch solche Beträge für

produktive Zwecke ausgeben? Zum Vergleich diene, daß der österreichische Staat heute in der Hoheitsverwaltung überhaupt nicht mehr, in den Betrieben und Monopolen nur verschwindende Beträge für Investitionen übrig hat.

Ein anderes Hauptkapitel der Wiener Finanzpolitik betrifft die Schule. Für Schulzwecke sieht das neue Gemeindefudget fast 76 Millionen Schilling vor, was einem Fünftel aller Ausgaben entspricht.

Für Wohlfahrts- und Schulzwecken zusammen werden 51 Proz. des gesamten Haushaltes ausgegeben!

Auf jedes Wiener Schulkind entfällt im Durchschnitt ein Betrag von 467 Schilling. Im kommenden Jahr sollen trotz aller Sparmaßnahmen noch zwei neue Kindergärten abteilungen, je eine weitere Schuljahrklasse und Mutterberatungsstelle errichtet werden. Wien soll die Stadt des Kindes bleiben!

Von den städtischen Unternehmungen erhalten sich das Gaswerk und das Elektrizitätswerk trotz billiger Tarife selbst, was nicht zuletzt der großzügigen Propaganda und der Erleichterung der Strom- und Gaszuführung auch in alte Wohnungen in den letzten Jahren zu verdanken ist. Dagegen haben die Strahnenbahnen ein Defizit von etwa 8 Millionen infolge des Verkehrsrückganges aufzuweisen; vor dem Krieg brachten sie etwa 4 Millionen Gewinn, aber dafür kostete jetzt zum Beispiel eine Kinderfahrkarte 5 Groschen (3 Pfennig) gegen durchschnittlich 17,28 Groschen in der christlichsozialen Zeit; Frühfahrtscheine für Arbeiter waren damals um 41 Proz. teurer als jetzt.

Ueber die Einnahmequellen der roten Stadtverwaltung ist nicht viel Neues zu sagen. Neben den staatlichen Steueranteilen, die ihr durch die Gesetzgebung vorgeschrieben sind, verbleibt

das System der Breitner-Steuern unverändert,

wenngleich auch der neue Finanzreferent Dr. Danneberg erklärt hat, bei einer Besserung der Verhältnisse Steuererfahrungen ebensowenig abgeneigt zu sein wie Breitner. Eine interessante Ergänzung der Wohnbausteuer ist für das kommende Jahr geplant: Es gibt in Wien eine große Anzahl leerstehender Privatwohnungen, die von den Hausbesitzern aus spekulativen Gründen nicht vermietet werden. Diese Wohnungen sollen nunmehr mit einer sehr hohen Wohnbausteuer belegt werden, was ihre Vermietung beschleunigen und zugleich der Gemeinde zu einer neuen Einnahme verhelfen soll.

Daß mit den alten, überdies jetzt weniger ergebnisreichen Einnahmequellen das Auslangen gefunden werden kann, ist in erster Linie dem Umstand zu verdanken, daß die

Stadt Wien keine wesentlichen Schulden

hat. Schon in der guten Zeit bestand die ganze Weisheit der bürgerlichen Opposition in immer wieder vorgebrachten Anleiheplänen, namentlich für Wohnbauzwecke. Aber Breitner gab nicht nach und nahm nur ein einziges Mal eine Anleihe zu produktiven Investitionen auf. Daher braucht Wien in einer Zeit, in der so viele Großstädte unter der Last ihrer Schulden zusammenbrechen, weniger als ein Proz. ihrer Einnahmen für den Schuldendienst aufzuwenden.

Die Wiener Genossen haben im übrigen niemals einen Zweifel darüber offen gelassen, daß sie alle die Leistungen der Gemeinde Wien nur als kleine Abzugszahlung auf die großen sozialistischen Ziele betrachten. Hoffen wir, daß die Arbeiter von Wien sich auch weiterhin die Einigkeit erhalten, die erst diese Leistungen ermöglicht hat.

Favag Nummer II

Toller Versicherungskandal aufgedeckt — Der hilflose Aufsichtsrat

Bei der kölnischen Rückversicherungs A.-G. sind jetzt Zustände an das Licht der Öffentlichkeit gekommen, die eine verzeihliche Lehnlichkeit mit jenem berüchtigten Konzernskandal der Favag (Frankfurter Versicherungs A.-G.) aufweisen, mit dem bei Einsetzen der Krise die großen wirtschaftlichen Korruptionsaffären in Deutschland ihren Anfang nahmen. Was sich hinter den Kulissen der kölnischen Rückversicherungs A.-G. seit Jahren abgepielt hat, gleicht fast aufs Haar den Ereignissen, die zum Untergang des ehemals so mächtigen und blühenden Favag-Konzerns geführt haben, sowohl bei den Verfehlungen der Direktoren wie bei der ansäuerlichen grenzenlosen Hilflosigkeit der Aufsichtsräte.

Noch auf der Generalversammlung im Juni dieses Jahres schlug die Verwaltung die Verteilung einer Dividende von 6% vor. Jetzt, nach knapp 6 Monaten, sind die Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen worden, und man verkündete den völlig Ueberrassenden, daß eine sofortige Sanierung des Unternehmens und eine Zusammenziehung des Kapitals von 10 auf 2 Millionen Mark, also im Verhältnis 5:1 nicht mehr zu umgehen sei. Den Aktionären, die heilig gegen diese Streichung von vier Fünfteln ihres Vermögens protestierten, legte die Verwaltung die Pistole auf die Brust, indem sie erklärte, daß bei Nichtannahme der Sanierungsbeschlüsse der Zusammenbruch des Unternehmens nicht mehr aufzuhalten sei.

Die Debatte auf der Generalversammlung förderte tolle Vorgänge zutage. Während man noch vor wenigen Monaten hohe Dividendensätze ausgeschüttet hat, zeigte sich jetzt, daß nicht nur zahlreiche verlustbringende Verträge vorhanden, sondern daß auch die Daueranlagen bei weitem überwertet waren, in den Forderungen zahlreiche unbereinigte Kosten steckten und zugleich die dringende Notwendigkeit für Auffüllung der Reserven vorlag.

Der bekannte kölnische Bankier Pferdmeiges mußte als Vertreter des Aufsichtsrats dessen völlige Hilflosigkeit eingestehen. Der Aufsichtsrat habe seit Jahren zwar gehaut, daß etwas nicht stimmt, habe aber nicht durchgreifen können, weil ihm jegliche Sachkenntnis gefehlt habe. Die Direktoren hätten die Aufsichtsräte durch falsche Erklärungen getäuscht, und seit drei bis vier Jahren seien die Bilanzen objektiv falsch gewesen. Das aber habe der Aufsichtsrat nicht wissen können!

Ein herrliches Stilleben kapitalistischer Wirt-

schaftsführung, das sich hier enthüllt. Direktoren, die die Aufsichtsräte betrügen und seit Jahren die Bilanzen fälschen; Aufsichtsräte, die sich wie hilflose Greise benehmen, dafür aber die hohen Tantemen einstecken, und schließlich die über-rumpelten Aktionäre, die eines Tages aufwachen und vier Fünftel ihres Vermögens verloren haben. Das Ganze ein nur zu charakteristischer Ausschnitt aus einem kranken und korrupten Wirtschaftssystem.

Sicheres Mühlengeschäft Erhöhter Reingewinn bei der deutschen Mühlenvereinigung

Die deutschen Mühlen sind von der Krisennot kaum berührt worden. Das beweist auch der Abschluß der Deutschen Mühlenvereinigung A.-G., Berlin, vom 30. Juni dieses Jahres. Vom 10-Millionen-Mark-Kapital dieser Dachgesellschaft befinden sich 70 Proz. im Besitz der Getreide-Industrie-Kommission A.-G. und 30 Proz. im Besitz der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt und der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse. Das Unternehmen wird also mittelbar von der öffentlichen Hand beherrscht.

Die Deutsche Mühlenvereinigung unterhält selbst keine Betriebe. Sie beherrscht eine Reihe der bedeutendsten deutschen Mühlen, so die Heftische Kunstmühle A.-G., Rannheim, die Rosing-Mühle und die Wittenberger Walzmühle in Duisburg, die Krefelder Mühlenwerke, die Weizenmühle Karl Salomon u. Co., Berlin, und andere, die bis auf die letztgenannte Dividenden von 5 bis 7 Proz. verteilen. Wenn sich auch der Reingewinn der Mühlenvereinigung von 0,3 auf 0,46 Mill. Mark erhöhte, so wird doch keine Dividende gezahlt, da 0,3 Mill. Mark zu Abschreibungen auf die Beteiligungen und 0,1 Mill. Mark zur Auffüllung der Reserven verwendet werden.

Förderung von Hausreparaturen

Die Hausbesitzer haben neben dem vom Reich zugesprochenen Fünftel bei Hausreparaturen und der vom Reich getragenen Hälfte bei Wohnungsumbauten den entsprechenden Rest selbst aufzu-

bringen. Um die Finanzierung dieses Restes zu erleichtern, wird die Deutsche Bau- und Bodenkredit A.-G. auf der Grundlage der dem Hausbesitz zustehenden Steuergutscheine für die Grundsteuer, soweit diese 1934 und 1935 fällig werden, entsprechende Kredite gewährt. Gegenüber der Deutschen Bau- und Bodenkredit ist die Reichsbürgschaft für diese Kredite übernommen worden.

Konflikt mit Argentinien

Die argentinische Regierung hat durch Gewährung von zollpolitischen Sonderergünstigungen an andere Staaten, die sie Deutschland nicht zuerkennen will, das im Handelsvertrag verankerte Meistbegünstigungsprinzip durchbrochen. Die Gründe für dieses Vorgehen sind um so weniger ersichtlich, als die deutsch-argentinische Handelsbilanz für Argentinien stark aktiv ist. Auch nach dem erheblichen Einfuhrrückgang im letzten Jahre gehört Deutschland nach wie vor zu den größten Abnehmern Argentiniens. Deutschland hat jetzt Gegenmaßnahmen durch Streichung Argentinens von der deutschen Meistbegünstigungsliste sowie Vergeltungszölle durch Anwendung des Mosterzolls angedroht, falls der bisherige Zustand nicht wiederhergestellt wird. Die Entscheidung ist bis zum 10. Januar vertagt.

Ein Währungskuriosum

Rätselraten

um Südafrikas Goldstandard

Die Regierung der Südafrikanischen Union hat am 27. Dezember durch Verordnung die Einföhrpflicht von Banknoten gegen Goldmünzen aufgehoben. Diese Bestimmung sollte dem Hamstern von Goldmünzen und Devisen, mit dem eine roge Kapitalflucht verknüpft war, ein Ende bereiten.

Seit diesem Erlaß hat in der in- und ausländischen Presse ein großes Rätselraten begonnen, ob Südafrika damit den Goldstandard aufgegeben hat, wie seinerzeit England, oder ob es nur die Einföhrung von Noten durch Goldmünzen gespart hat, nicht aber die Abgabe von Goldbarren bzw. die Ausfuhr von Gold in den Fällen, wo der Goldgehalt bei dem Devisenkurs der südafrikanischen Währung überschritten ist.

Das Seltsame an der währungspolitischen Lage Südafrikas war, daß nach am dritten Tag nach dem Regierungserlaß weder im Inland noch im Ausland Klarheit darüber bestand, ob der Goldstandard in Südafrika noch aufrechterhalten war oder nicht. Erst am Donnerstag hat der Finanzminister in einer amtlichen Erklärung mitgeteilt, daß die Südafrikanische Union ihre Währung tatsächlich vom Goldstandard gelöst hat.

Die Reichsbank hat an den letzten beiden Tagen das südafrikanische Pfund Sterling nicht gehandelt, da reale Bewertungsgrundlagen fehlten. In London setzte auf die neuesten Meldungen hin ein scharfer Kurssturz des südafrikanischen Pfundes um etwa 25 Proz. (!) ein. In Markt umgerechnet, entspricht dies einem Wert von 15,50 Mark für das Pfund.

Die Lebenshaltung im Dezember

Das Statistische Reichsamt teilt mit:

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) ist im Durchschnitt des Monats Dezember 1932 um 0,3 Proz. auf 118,4 (gegenüber 118,5 im Vormonat) zurückgegangen. Es haben nachgegeben die Indexziffern für Ernährung um 0,5 Proz. auf 109,0, Bekleidung um 0,7 Proz. auf 112,4, „Sonstiger Bedarf“ um 0,5 Proz. auf 163,2. Die Indexziffer für Wohnung ist mit 121,4 unverändert, die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung mit 136,8 nahezu unverändert geblieben.

Besserung bei Zinseingängen

Die Preussische Landespfandbrief-Anstalt in Berlin teilt mit, daß sich die Wirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise auf den Eingang der Zinsen- und Tilgungszinsen im Laufe des Jahres in erträglichem Rahmen gehalten haben. Wenn auch die Rückstände im Laufe des Geschäftsjahres gestiegen sind, läßt sich doch feststellen, daß seit dem Juli keine weitere Verschlechterung bei den Zinszahlungen eingetreten ist. Die Tilgungszinseinnahmen auf Hypotheken- und Kommunalarlehen erreichten für die letzten vier Quartale 4,41 Proz. der Soll-eingänge.

KYRIAZI No. 6

Eine Spitzenleistung 4 Pfg.

MIT ODER OHNE MUNDSTÜCK

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

16]

Keine Möglichkeit, weiterzukommen. Und so blieben sie beieinander sitzen, beide ein wenig verloren und ratlos. Ab und an schenkte sie sich an und Berger trommelte nervös auf die Tischplatte. Als er es merkte, hörte er auf und strich sich mit der Hand das Haar zurück. Kurz darauf stand er entschlossen auf. „Ich muß fort“, sagte er, „du willst schlafen gehen.“

„Ach wo“, sagte sie. „Meinetwegen kannst du gern noch bleiben, mein Junge.“

In der Sanftmut des Tones lag etwas, das Berger ergriff. Er nahm seine Mutter bei den Schultern und sah sie an. „Du bist wohl doch enttäuscht, ja?“

Aber sie hielt ihm tapfer stand. „Aber nein doch“, antwortete sie.

„Sicher nicht, Mutter?“

„Ich sag's ja.“

Da mußte er alles, was sie fühlte. Und krank im Herzen ging er hinaus, seinen Mantel zu holen. Sie begleitete ihn zur Tür, als er ging.

„Komm bald mal wieder, wenn du Zeit hast“, sagte sie.

„Ja Mutter. — Gute Nacht.“

„Gute Nacht und grüß auch zu Hause.“

„Danke.“

Er mußte über einen dunklen Hof und durch eine enge Haustür, ehe er die Straße erreichte. Draußen blieb er einen Augenblick stehen, unerschüttert, was jetzt vorzunehmen sei. Dann zuckte er die Achseln und ging in einer tiefen Niedererschlagenheit.

Ja ja, sagte er in verzweifeltstem Gleichmut vor sich hin, das wäre also das.

Je weiter er ging, desto schwerer lastete die Bürde auf ihm. Wieder kam die wehrlose Erschütterung in ihm hoch. Nicht gegen die Mutter war sie gerichtet, nein gegen alles und alle. Einen Augenblick kam ihm der Gedanke, er müsse mit Baderlen sprechen. Doch das ließ er gleich als hoffnungslos wieder fallen.

Ich was, dachte er, ich muß es eben in mich hineinfressen und schweigen. — Wenn's auch weh tut. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. — Wunderlich übrigens, daß ich noch lebe. Von Rechts wegen sollte ich ja tot sein. Ich darf hier eigentlich gar nicht gehen.

Es fing leise an zu regnen und er schritt rascher aus. In sich verfunken wie er war, merkte er nicht, daß ihm ein Mann entgegenkam, den er beinahe angerannt hätte. Er murmelte eine Entschuldigung und wollte weiter, der andere aber blieb stehen und schien etwas zu wollen.

„Verzeihung“, sagte er. „Sie können mir wohl nicht jagen, wie spät es ist?“

Berger sah mechanisch nach der Uhr.

„Etwas nach zehn“, antwortete er.

„Schon so spät? Und nun fängt's auch noch an zu regnen. — In dieser Stadt regnet's gewiß oft?“

Etwas in seinem Ton erregte Bergers Aufmerksamkeit. „D ja“, antwortete er. —

„Sie wohnen nicht am Ort?“

„Ich bin erst seit kurzem hier. Ich bin noch nicht weiter bekannt. — Wir haben uns, glaube ich, auch noch nicht gesehen?“

Berger sah ihn verwundert an und schüttelte den Kopf. „Nein“, antwortete er.

„Ich entfinne mich nicht.“

Der andere grüßte, indem er ein paar Finger an die Hutkrempe legte.

„Schönen Dank. Ich muß hier hinunter.“

Berger blieb an der Straßenecke stehen und sah ihm nach. Fast wie in alten Tagen, dachte er, als man sich noch nicht zu fürchten brauchte, wenn jemand einen ansprach.

2

Uebrigens litt nicht nur Berger unter dem Geschehen. Auch Frau Quisthus hatte ihr Teil zu tragen. Vielleicht war ihr Leid nicht so heftig wie Bergers, aber es war viel schmerzlicher. Berger hatte trotz allem eine dunkle Hoffnung tief unten im Halbbewußtsein, eine Art fatalistische Ueberzeugung, daß er seine Ehrenrettung noch erleben werde, daß irgend etwas kommen müsse — etwas ganz Wertwürdiges oder etwas ganz Selbstverständliches — das alles in ein anderes Licht setzen werde. Wie das vor sich gehen sollte, ahnte er nicht. Aber er wollte, daß es so sein sollte.

Für Frau Quisthus dagegen war nicht die erste Hoffnung mehr. Ihr Mann war tot. Und wer an einem frischen Grabe steht, denkt nicht an die Möglichkeit, daß Zeit und Gewohnheit den Schmerz heilen oder das Ent-

behren stillen könnten. Er war tot. Er war an einem anderen Ort — wenn er überhaupt war. Aber was half es, nach ihm zu fragen? Was half alle Sehnsucht?

Es vergingen Tage, bis es ihr zur grauenvollen Gewißheit wurde, daß es unumwiderrücklich war. In den ersten erregten Fieber- und Schreckensstunden weigerte sie sich, daran zu glauben. Erst als der Sarg in die Kapelle gebracht worden war, begriff sie, daß sie nun mit dem Kind allein war. Da konnte sie mit klarem Blick erkennen, wie die Wirklichkeit aussah. Ihren Mann hatte man ermordet und nun lag er in einem weißen Sarg in einem kalten, dunklen steinernen Haus und wartete darauf, in die Erde be-

graben zu werden. So sah die Wirklichkeit aus.

Aber eines ist es, die Wirklichkeit zu sehen und zu erkennen, ein anderes, sich gehorjam unter ihr Joch zu beugen. Sich mit ihr auszuöhnen — so wie sie ist.

Dazu war Frau Quisthus nicht imstande. Sie begehrte auf. Sie erhob verzweifelte Anklagen zum Himmel.

Warum mußte es gerade ihn treffen? Warum nicht ebensogut einen der beiden anderen? Was war denn dagegen einzuwenden, daß drei anspruchslose, zufriedene Menschen ruhig miteinander leben und glücklich sein konnten? Was hatten sie verbroschen, daß man sie so bestrafe?

Nach der Beerdigung blieb sie von morgens bis abends im Hause. Eltern und Geschwister beluhten sie, aber sie wies in stummer Hilflosigkeit ihren Trost ab — wie ein Kind, das nichts begreift und sich nur in das fügen will, was es fassen kann. Sie gingen alle von ihr in dem Gefühl, ihr nichts sein zu können. Und sie blieb allein mit dem Kind. Aber ein Kind ist ein Kind und zuletzt sah sie ganz allein — trostlos und ohne Hoffnung.

Niemand dachte in dieser Zeit stärker an sie als Berger. Nach der „Verdönnung“ zwischen ihm und Helene nach Quisthus' Beerdigung war eine Zeit gekommen, wo

Helene ihre ausgestreckte Hand wieder zurückgezogen hatte. Zwar ohne die Härte der ersten bitteren Tage, aber er merkte es an so manchem kleinen Zuge, daß sie noch immer an der Demütigung trug.

Und dabei trägt Esther eine viel tiefere Wunde als sie aus dem genau entgegengesetzten Grunde, dachte er. Vielleicht wäre es gesund, wenn sich die beiden Frauen einmal aussprechen könnten.

In einem seiner Freinachmittage erwähnte er dies Helene gegenüber. „Du bist wohl seit dem Tage nicht bei ihr gewesen?“

Aber sie wies seinen Vorschlag mit einer seltsamen scheuen Bitterkeit ab. „Noch nicht“, sagte sie.

Er sah sie verwundert an. „Geht es denn später besser?“

Darauf antwortete sie nicht. Sie zog sich zurück und verkapelte sich in ihrem abweisenden Trotz. Da schüttelte er ratlos den Kopf. „Rein Gott“, sagte er. „Was kann denn Esther dafür? Und stehen wir ihr nicht so nahe, daß es gar nicht lieb von uns ist, uns ihr so fern zu halten während sie all das Schwere durchmacht?“

Ein harter und ungeduldiger Zug trat in ihr Gesicht während dieser Worte. „Dua! mich nicht“, sagte sie. „Ruf einer von uns hin, so geh du doch.“

(Fortsetzung folgt.)

Moderne Technik bei Tieren

Vorgeführt / Von Georg Grau

Wir feiern unsere großen Erfinder, sprechen mit Stolz vom „Zeitalter der Technik“, ja, wir behaupten, daß die Technik erst durch den menschlichen Geist in die Welt kam. Aber das stimmt nicht. Der genialste Erfinder vermag keine Maschine zu konstruieren, deren Prinzipien nicht schon längst von der Natur erfunden wurden. Wir brauchen nur einmal die moderne Rotationspresse, mit der dieses gedruckt wurde, in ihre einzelnen Elemente zu zerlegen. Sie beruhen auf Naturkräften oder mechanischen Vorrichtungen, die wir im Knochenbau, bei der Muskulatur oder im Nervensystem der Tiere und unseres Körpers angewendet finden. Der Mensch versteht es zunächst, die Prinzipien der Natur künstlich nachzumitrieren, sie bis zu einem Höchstmaß auszunutzen und in seinen Dienst zu stellen. Aber der wirkliche Lehrentmeister des Ingenieurs bleibt die Natur, und mancher Erfinder wäre vielleicht

schneller zum Ziel gelangt, wenn er bei der Natur etwas mehr „Bespionage“ getrieben hätte. Denn die eigentlichen Urheber epochenmachender Erfindungen, die auf unseren Patentbüchern registriert liegen, sind unsere Freunde aus dem Tierreich. Ein paar Beispiele aus der Erfindungsmappe jener kleinen Ingenieure genügen, um uns davon zu überzeugen.

Blindfliegen.

Mit zwei Problemen hat unsere Flugzeugtechnik besonders zu kämpfen: Dunkelheit und Nebel. Dem Menschen fehlt der innere Orientierungssinn, wie ihn so viele Tiere besitzen. Schon im dunklen Zimmer stoßen wir uns an jedem Stuhl, und wenn der Flugzeugführer nicht seine technischen Hilfsmittel hätte, könnte er sich ohne Sicht gar nicht zurechtfinden und auch nicht landen. Die Fledermaus ist tüchtiger. Obwohl ein Nacht-

tier, sind ihre Augen schwach ausgebildet. Aber sie findet ihre Nahrung und stößt trotz schnellen Fluges gegen keine Mauer. Ja, sie löst folgende Aufgabe. In einem dunklen Zimmer wurde eine Anzahl dünner feiner Drähte gespannt. Dann ließ man die Fledermaus und dazu einige fetter Rotten los. Unser Flugkünstler jagte und fing die Beute, ohne ein einziges Mal einen Draht zu berühren. Das ist wirkliches Blindfliegen!

Papierfabrikant und Architekt.

Jahraufende hat es gedauert, ehe sich der Mensch ein brauchbares Papier schuf. Warum hat er nicht das Nest der Papierwespe (*Vespa media*) gründlich untersucht und von ihr gelernt? Er hätte die wichtigsten Bestandteile, wie die Zellulose, bereits vorgefunden. Diese kleine Künstlerin baut sich aus einem Papier, das so geschmeidig und zäh wie chinesisches Seidenpapier ist, die ballonartige Heimstätte für ihren Nachwuchs. Mit einem Knäuel von Papierbrei zwischen den Kinnbacken heftet sie sich das mit ihrem Speichel durchtränkte Band stückchenweise aneinander. Kein Wind oder Regen zerstört ihr Bauwerk, es ist so haltbar wie ein japanisches Papierhaus.

Mit einem anderen Material baut — wie ihr Name sagt — die Mörtelebene. Die Ornamente erscheinen ihre winzigen, an den Mauern angeklebten Rester. Spuren von Mörte und Straußenhaub schleppt sie mit ihren Mundwerkzeugen herbei, mischt sich mit Speichel einen Brei, baut daraus ein fingerhutgroßes Töpfchen, legt ein Ei hinein und mauert noch einen Deckel darüber. Was sie mit ihrem Mund fertigbekommt, dazu brauchen wir Zementmischapparate, Maurerkelle und Winkelmaß.

Die lebende Nähmaschine.

Das erste Patent auf eine Nähmaschine wurde im Jahre 1755 erteilt. Aber der eigentliche Erfinder ist wieder einmal leer ausgegangen. Die rote Weberameise hat bereits ihre Rester zusammengenäht, als die Menschen überhaupt noch keine Kleider trugen. Diese Ameise schleppt frische Blätter zusammen und spinnt diese unter Benutzung eines seltsamen Hilfsmittels aneinander. Ihre Larven besitzen nämlich stark entwickelte Spinnrüben, um sich später einen Kokon zu weben. Diese Larven werden von den Ameiseningenieuren gepackt und gegen den Blatttrand gepreßt. Ist der in der Drüse entstehende Faden angetrocknet, so wird die Larve gegen den anderen Blatttrand gepreßt. Das „Weberschiffchen“ wird also solange hin und her bewegt, bis der Spalt mit einem festen Gewebe verschlossen ist. Als besondere Leistung wurde beobachtet, daß diese Tiere bei besonderen Anstrengungen sogenannte Ketten bilden. Will es zwei zu weit entfernte Blätter näher zu bringen, so umklammern sich fünf bis sechs Arbeiter hintereinander und zerran solange an den Blättern, bis sie nahe genug sind, um sie zusammenzunähen.

Luftverbesserungsanlagen.

Im Altertum gab es lebende Ventilatoren. Es waren Sklaven, die weiter nichts zu tun hatten, als ihren vornehmen Herren mittels eines großen Fächers Luftzuführung zu verschaffen. Heute besorgen wir das elektrisch. Aber das Prinzip der Luftventilation wurde von der Natur lange vor dem Menschen angewandt. Auf großen Hummelnestern kann man am frühen Morgen im Sommer eine kräftige Hummel

Alice Ekert Rothholz:

Das alte Jahr bespiegelt sich

Ich bin so müde...

Ich erlebe mit Mühe mein Jahresende.
Meine Geburt hat man damals mit Glocken besungen,
Als brüht ich per Eilpost die Wirtschaftswende...
Aber ich bin mal wieder danebengelungen.
Ich warf bloß sinnlose Feuerbrände
in leere Köpfe und Hände.

Ich bin so schmutzig...

Ich trat an im schneeweißen Unschuldsgewande.
Doch der weiße Lock ließ sich kampflös entfernen.
An meinem Rocksack klebt Spucke und Schande.
Ich trat tief in Blutpfützen... Wahlschmutz... Elendskasernen...
Man bewarf mich mit Flüchen und noch sonst allerhand
im deutschen Land.

Ich bin erblindet...

Ab Fabrik hatt ich Augen wie Opemgläser.
Ich sah genau, was das alte Jahr falsch gemacht.
Doch ich war ein oberfalscher Posauenbläser...
Ich habe Unheilsrekorde gebracht.
Die Volkstränen brennen wie Seifenlaugen
in meinen Augen.

Ich bin rechts und links taub...

Meine Ohren sind beiderseits schlafen gegangen,
Denn ich hörte drei Zentner Marschmusik.
Die Reaktion hat in Deutschland durchs Ohr angefangen...
Alle Germanen führten mißtönenden Krieg.
Die Trommeln zertrommelten sehr schnell
mein Trommelfell.

Mein Herz ist gelähmt...

Ich fühlte schon lange ein Klopfen und Stechen.
Ich machte Dienst. Es war in den Julitagen.
Und ein Jahr mitten im Jahre abzubrechen,
das kann die Menschheit schon gar nicht vertragen.
Ich trug den Calvarienberg deutscher Schmerzen
im Herzen.

Mein Gesicht ist aschgrau...

Ich geh in Pension... Als Beamter ohne Verdienst und mit Nerven.
Das neue Jahr kommt. Natürlich wieder im weißen Gewand!
Man wird es bejubeln. Und etwas später mit Flüchen bewerfen...
Ich geh. — Doch was bleibt, ist der Unverstand.
Jedes Neujahr ist Sieger! — Und schleicht als Gauner und als Dieb
aus unserm Betrieb...

beobachten, deren Beschäftigung darin besteht, ein riesiges Gebirgwerk aufzuführen. Der Volksmund nennt diesen Frühauftreter den „Hummeltrampeler“. Aber in Wirklichkeit ist nicht sein Amt, dem Hummelvolk den neuen Tag anzukünden, sondern er befördert durch sein emsiges Flügelschlagen die schädlichen Gase und Dünste aus dem Bau, er spielt, mit einem Wort, den öffentlich angeordneten Ventilator. Technisches hat man bei Wespen beobachtet. Sie tragen Wasser in ihre Nestler und bringen durch gruppenweises Flügeln, woran sich auch die Königin beteiligt, die Feuchtigkeit zum Verdampfen. Auf diese Weise gelingt es ihnen, auch bei großer Hitze eine bestimmte Durchschnittstemperatur im Nest aufrechtzuerhalten, eine gesundheitliche Notwendigkeit, die der Mensch für seine Wohnstätten erst spät erkannt hat.

Kaltes Licht.

Besonders heute ist es der Wunsch unserer Beleuchtungstechnik, ein Licht zu schaffen, bei dem nicht, wie bei den Glühlampen, der größte Teil der Energie durch Wärmebildung verloren geht. Die Natur hat dieses Problem bereits gelöst, denn die Laternen der Leuchtfliegen brennen, ohne eine Spur von Wärme zu produzieren. Die Indianer

rinnen stecken sich diese lebenden Funken ins Haar, ohne es sich zu versorgen. Er handelt sich hier um einen Oxydationsprozeß, über den sich die Chemiker den Kopf zerbrechen und den sie nicht nachahmen können. Dieser Vorgang ist aber nicht zu verwechseln mit dem Leuchten von Meeres-tieren. Bei ihnen handelt es sich um leuchtende Bakterien, die auf Wirten leben und zur Entschädigung den Beleuchter in der Dunkelheit der Tiefsee spielen.

Brückeningenieure und Fangkünstler.

Nichts ist so fein gesponnen — wie es die Spinne fertig bekommt. Wie geschieht befestigt sie die oft meterweise auseinanderliegenden Halte-stücke ihrer tückischen Falle. Sie spinnt zunächst ein paar Fäden, die sie lose im Winde flattern läßt. An einem dieser Fäden läßt sie sich solange schwingen, bis sie wie ein geschickter Trapezkünstler irgendein Blatt oder einen Zweig zu fassen bekommt, an dem sie ihre seidene Schenkel fest-machen kann. Dieses Kunststück wiederholt sie solange, bis sie genug Stützpunkte für ihr Reg hat. In Australien lebt eine Spinnenart, die von ihrem Reg einen ungefähr 4 Zentimeter langen

Faden herabhängen läßt, an dessen Ende sich ein klebriger Tropfen befindet. Die Spinne macht es nicht anders wie ein Cowboy. Nähert sich ein Insekt, so wirbelt die Spinne so geschickt mit ihrem Lasso, bis das Beutetier auf den Leim geht und festklebt.

Saugpumpe — eigenes Patent.

Dieser Fall klingt so unglücklich, daß man ihn für einen Aprilscherz halten könnte. Die Schlupfwespe lebt bekanntlich von anderen Insekten, die sie betäubt und aussaugt. Eine besondere Art hat es auf die Larve eines bestimmten Käfers abgesehen. Die Larve ist dem Raubinsekt aber schwer zugänglich, da sie im Inneren harter Samenkerne lebt. Auf geniale Weise bekommt es die Wespe trotzdem fertig, sich ihren Vederbissen nicht entgehen zu lassen. Sie sticht zunächst mit ihrem langen Stachel durch den Kern bis in die Larve, die dadurch gelähmt wird. Damit wäre noch nichts gewonnen, aber jetzt kommt der Trick. Sie zieht ihren Stachel nicht gleich zurück, sondern läßt ihn ungefähr eine halbe Stunde lang in der gleichen Stellung. Dabei schmilzt sie längs des Stachels eine Flüssigkeit aus, die schnell erhärtet und den Stachel wie einen Mantel umgibt. Jetzt

erst zieht sie den Stachel heraus und hat sich eine Röhre geschaffen, die von außen bis in die Larve reicht. Auf diese Röhre legt sie ihre Mundwerkzeuge und saugt den Körperinhalt der Larve aus.

Das ist wohl der Gipfel technischer Geschicklichkeit. Und doch nur ein Beispiel aus einer unerschöpflichen Fülle von Meisterwerken, die die Natur dem Menschen zur Verfügung stellt, aber worauf er sich die Patente erteilen läßt.

Von Künstlern und so

Unverbesserlich

Ein passionierter Kölner Kunstfilmer, ein alter preußischer Herr, lag auf dem Sterbebett; als man merkt, daß sein letztes Stündlein gekommen ist, holt man den Priester. Der nähert sich den Sterbefahrer, das Kreuzifix vor die Brust erhoben. Als der Todfranke ihn sieht, richtet er sich empor, erblickt das Kreuzifix und lispelt: „Gutes süddeutsches Stück, Eisenbein aus dem Anfange des achtzehnten Jahrhunderts“ — und sinkt hinüber. H. Sch.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, L. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

7. und 8. Kreis. Heute fällt die juristische Sprechstunde aus.
22. Abt. Die Abteilungsobleute werden gebeten, bis spätestens 5. Januar die Jahresberichte schriftlich beim Abteilungsleiter einzusenden.

23. und 24. Abt. Die jüngeren Parteimitglieder treffen sich am 1. Januar um 14 Uhr zur Neujahrsfeier im Waldschlößchen am Reichstag-Strasse. Anschließend gemütliches Beisammensein im Strandbischl Waldheide.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Die Geschäftsstelle ist wie folgt geöffnet: Montag und Freitag von 10 bis 12 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 9 bis 11 Uhr, Sonnabend von 9 bis 13 Uhr.
Neujahrsfeier: Montag, 1. Januar, 18 Uhr, Ausflug ins Grüne Feld. Beginn um 17 Uhr, 18 Uhr (4 Uhr).
Neujahrsfeier: 1. Januar, 18 Uhr, Ausflug ins Grüne Feld. Beginn um 17 Uhr, 18 Uhr (4 Uhr).
Neujahrsfeier: 1. Januar, 18 Uhr, Ausflug ins Grüne Feld. Beginn um 17 Uhr, 18 Uhr (4 Uhr).

Neujahrsfeier: 1. Januar, 18 Uhr, Ausflug ins Grüne Feld. Beginn um 17 Uhr, 18 Uhr (4 Uhr).

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

19. Abt. Unser Genosse Wilhelm Lemp, Neufeld, Neutempel, 80, ist am 23. Dezember im 72. Lebensjahre verstorben. Ihm seinen Angehörigen die Teilnahme am Dienstag, 3. Januar, 17 Uhr, im Krematorium Baumhüttenweg. Höhe Beteiligung erbeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppen rechts.

Neujahrsfeier heute. Treffpunkt 18 Uhr, Orster (Bahnhof). Die jüngeren Genossen treffen sich um 16 1/2 Uhr pünktlich vor dem Scharfischen Bahnhof (Wriezener Bahn).

Heute, Sonnabend, Treffpunkte für Abteilungsfahrten:

Wedding-Knob: 16 Uhr, Hof, Wedding. Eingang Rastplatz. — Volkspark: 17 Uhr, Hof, Gesundbrunnen. — Westpark: 18 Uhr, Hof, Westpark. — Schillerpark: 19 Uhr, Hof, Gesundbrunnen. — Sportplatz: 19 1/2 Uhr, Hof, Blöcherweg. — Heinersdorf: 18 Uhr, Hof, Scharfischer Bahnhof. — Friedrichsfeld: 17 1/2 Uhr, Hof, Wilmersdorf. — Prenzlauer: 18 Uhr, Hof, Prenzlauer. — Wertheim: 19 Uhr, Hof, Tempelhof. — Fohrgeld: 2 Uhr.

Neujahrskonzert und Gesundheitskonzert:

Neujahrskonzert: 20 Uhr, Hof, Schönheitsstraße 1. — Gesundheitskonzert: 20 Uhr, Hof, Schönheitsstraße 1. — Neujahrskonzert: 20 Uhr, Hof, Schönheitsstraße 1. — Gesundheitskonzert: 20 Uhr, Hof, Schönheitsstraße 1.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, finden folgende Veranstaltungen statt: Südostkreis: Neujahrskonzert nach dem Kommando. — Westkreis: Neujahrskonzert nach Rüdersdorf. — Nordkreis: Neujahr nach Tiefensee. — Ostkreis: Neujahrfeier der „Eiseren“. Anschließend Neujahr. — Nordkreis: Wir sind alle in Lohn und Brot zum Jahresende.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebalterstraße 37-38, Hof 2. — Preussische Berg (Ordnungsamt): Sonntag, 1. Januar, Kranzniederlegung am Grabe des Am. H.H. Schneider. Antritt 10 1/2 Uhr vor dem Friedhof in Bundesallee mit Fahnen und Musik. — Wilmersdorf (Ordnungsamt): Sonntag, 1. Januar, Kranzniederlegung am Grabe des ermordeten Kameraden Schneider. Antritt pünktlich 10 1/2 Uhr auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfeld in Bundesallee. Alle Fahnen mitbringen! Uffizieller Kranzniederlegung! — Waffensportabteilung, Zug Rosenfeld: Sonntag, 31. Dezember, große Silvesterfeier im Sporthaus Rosenfeld. Beginn 21 Uhr. Eintritt frei.

Reichsbanner-Schützenverein.

Offen: Sonnabend, 31. Dezember, Treffen aller Kameraden mit Familie um 10 Uhr im Vereinshaus Sportplatz Friedrichsfeld zur Silvesterfeier. Große Überraschungen. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Wandolinistenklub.

Ortsgruppen Wedding und Reinickendorf: Am Neujahrstag in der Straßenbahn Pögners Wandolinistenkonzert. Sämtliche Mitglieder haben sich unentgeltlich in den Dienst der guten Sache gestellt, um den Gesangenen vorläufigen Unterhaltungsmusik vorzuspielen. Dirigent: Willi Först. Leitung: Willi Komatzow.

Freiwillige Gemeindefürsorge.

Sonntag, 11. Januar, Vappala 15, Vortrag des Herrn G. Bittbauer: Die Bedeutung des Darwinismus für den heutigen Kulturkampf. Gäste willkommen.

Republikanische Rednervereinigung.

Montag, 20. Januar, Vortragabend mit Diskussion im „Alten Gasthaus“, Anhalter Str. 11. Es spricht Genosse Fuchs über „Sozialdemokratie und Mittelstand“. Gäste willkommen.

Montag den 2. Januar beginnt der **GROSSE Inventur-Verkauf** in unserem **WARENHAUS AM ORANIENPLATZ**. Mitglieder! Wer jetzt kauft kauft vorteilhaft!

Staats Theater

Sonntagabend, den 31. Dezember

Staatstheater Unter den Linden

19 Uhr

Eine Nacht in Venedig

Staatliches Schauspielhaus

19 Uhr

100 000 Thaler

VOLKSBLÜHE Theater am Bülowplatz

Täglich 8 Uhr D 1 Norden 6536

Silvester 7 Uhr

Oliver Cromwells Sendung

v. Walter Gilbricht. Regie Heinz Hilpert mit Eugen Klöpfer

SCALA

Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr

Märchen

mit Ernst Matray Solvag & Emma

Opernhaus

Charlottenburg, Fraunhofer 0231

Sonntag, 31. Dez. Tarnus III 19 Uhr

Prinzessin

von Trapezunt

(Neueinstudierung) Brauta G. Eisinger, Frind, Schuster & G. Burgwinkel, Gombert, Gronau a. G., Heyer, Kandl, Dirigent: Breisch, Regie: Fehling.

PLAZA

14. Str., Sp. 1, 5. St. Heute letzter Tag! Der letzte Walter

Schiller

Bismarckstr. (Kale) Steinpl. (C1) 6715

Zum 74. Mal

Silvester 7 1/2 Uhr

Robert und Bertram

Senia Sörceländ, Paul Heidemann

Letzte Aufführung 1. Januar nachmitt. 4 Uhr.

Dr. Dolittle's Abenteuer

mit Alfred Braun Kleine Preise!

metropoi-Theater

Heute Silvester 7 Uhr

Premiere

ab Neujahr täglich 8 1/2 Uhr

Mog

100 Meter Glück

Operette von Spolansky mit Erika von Thellmann

rose - theater

Große Frankfurter Straße 122

Tel. Weidn. 17 3422

7 Uhr

Böhmische Musikanten

Ferienheim Strandkaffee Kochel am See

Besitzer: Gesamtverband, Ortsverwaltung München

Aus den bayrischen Bergen allen unseren Gästen und Freunden

die besten Neujahrswünsche!

Winter-Garten

Heute 4 und 8 1/2 Uhr zum letzten Male

DREI CODONAS

6 v. d. Staatsoper usw.

Morgen 1. Januar Premiere

4 und 8 1/2 Uhr

20 Wienerinnen

konzertieren

Kurt Fuß, Gaston Palmer

Flora 3434 Rauchen erlaubt

CASINO-THEATER

Lothringer Straße 57

Sonntags auch 4 Uhr

Nur noch wenige Aufführungen

Alles um Lotti

Posse mit Gesang und Tanz

Gutschein 1-4 Personen: Parkett nur 0,50, Fauteuil 0,75, Sessel 1,25

Theater im Admiralspasi

Merkur 9901

Täglich 8 1/2 Uhr:

Silvester

Beginn 7 Uhr

Hans Albers

Liliom

Verkauf ausverbr.

Varieté

am Mühlentempel

Am Friedrichsplatz 29-32

(im Klavier)

Täglich 8 Uhr

Das sensationelle

Erfüllungsprogramm

mit den Lüttelagern

Eltrittspreis: 50 Pf.

Wochentags 60 Pf. Sonntags u. Stg. 1 M.

Großes Schauspielhaus

Ball im Savoy

Stia Alpar

Regie: Alfred Kötter

Silvester 7 Uhr

Stettiner Sänger

Reichshallen-Th., Dönhofspl.

8.15, Sonn- u. Feiertage 3.30

zu ermäßigten Preisen

Das Weihnachtsprogramm

Berliner Theater

Quartiersstr. 92 (Eckhof) 623

Täglich 8 1/2 Uhr

Silvester 7 Uhr

Zu wahr schön zu sein

Komödie von Shaw

Meist, News, Evans, Barlow, Otto, Sims, Gross, Prell.

Lessing-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr

Silvester 7 Uhr

Grete

Mosheim

Brausewetter

Der Liebling von Paris

Musik von Offenbach

Regie: Homolka

Theater des Westens

Steinpl. 5121

Täglich 8 1/2 Uhr

Silvester 7 Uhr

Max Pallenberg

Der brave Soldat Schwejk

Deutsches Künstler-Th.

Nürnberg Str.

Teil Bavaria 6468

Täglich 8 1/2 Uhr:

Silvester 7 Uhr

Leopoldine

Konstantin

in: Die Nacht zum 17. April

Schroth, Steinbeck, Gebühr, Brionne, Wolfe, Picha

Th. d. Schauspielers

Theater am Schillingdamm

Weidendam 4300

Heute 7 1/2 Uhr

Ab morgen

täglich 8 1/2 Uhr

Automatenbüfett

Kantche von A. Smeyter

mit Agnes Siraub, Kieber, Stallinger, Gae, Frank-Tisch, Gömer.

Kurfürstend-Th.

Kurfürstendamm 209

Tel. Bism. 1400

Täglich 8 1/2 Uhr

Stiller 7 Uhr

Glückliche Reise

von Berlin nach Schwetshaus

Musik. Klänke

Regie: Prsekert

Hans Schneider

mit seinen Jazz-Symphonikern

Überlauf unerschütterlich

NEUE WELT

Arnold Scholz — U-Bahn Hermannplatz — Rosenhöhe 108-114.

Silvester-Ball

in Oberbayern und

Eröffnung der

Bockbier-Saison

An allen Tagen:

Großer Alpenball.

6 Kapellen. Bayr. Bedienung.

Einlaß: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Germania Prachisäle

K 4, Chausseestraße 110 - Weidendamm 6103, 6080

Großer Silvesterball

mit Punschpolonaise und Überraschungen

Saalbau Friedrichshain

Größte

Silvesterfeier

Bühnenschau / Münchener Katz

Silvesterball

Leitung: Walter Carlos

bekannt v. Rundfunk u. Tonfilm

reini

hygienisch!

Siebenschläfer

reini

Matratzen u. Reformunterbetten

bekannter Marke Siebenschläfer sind ideal

im Gebrauch. Fordern Sie in allen Betten- und Möbelgeschäften ausdrücklich nur die bewährte Marke

„Siebenschläfer“

Verkaute

340 Stk. Relonistank 9

Möbel

Patentmatratzen

Fahrräder

Oberkammeräder

24 Zoll, 26 Zoll, 28 Zoll

Patentmatratzen

Siebenschläfer

reini